

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidiums der Stadt Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

**Bezugspreis:** mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark. Für Selbstabholer 1.00 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Belegkarte. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. — Telephon Sammelnummer 72208 — **Postcheckkonto Leipzig Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauschaer Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 72216. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauschaer Straße 19/21 — Telephon 72.04

**Inseratenpreise:** Die Maximal-Kolonelzettel 35 Pf., bei Maximaldruck 40 Pf., Stellenangebote 10 Gelp. Kolonelle 25 Pf., Familienanzeigen von Privatpersonen 10 Gelp. Kolonelle mit 50% Nachlag. Reklameweile 2 Mt. Inzerate v. ausw. 2 die 10 Gelp. Kolonelle 40 Pf. bei Maximaldruck 50 Pf., Reklameweile 2.25 Mt.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigstellen und alle Postämter entgegen

## Der italienisch-albanische Vertrag

### Die Antriebe des italienischen Barons Aloisi.

**Einbrecher. — Spion. — Geheimagent.**

D. C. Die tiefe Erregung, die in Jugoslawien und allen Balkanländern der Tirana zwischen dem italienischen Gesandten Baron Pompeo Aloisi und dem albanischen Minister Hussein Bey Vrioni geschlossene Vertrag hervorgerufen hat, nimmt täglich zu. Der Vertrag ist, wie die unter Kontrolle der italienischen Regierung stehenden und von Mussolini unmittelbar beeinflussten jugoslawischen Blätter zugeben, für Italien das Mittel, in die Balkanpolitik einzudringen und sich in alle Angelegenheiten des Balkans einzumischen. Praktisch steht Albanien nunmehr unter italienischer Kontrolle. Ist das nicht schon Ursache genug zu tiefer Erregung und wahrscheinlich auch zu schwerwiegenden Zwischenfällen?

Dieser angebliche Freundschafts- und Schutzvertrag verletzt die Satzungen des Völkerbundes und stößt völlig das Gleichgewicht auf dem Balkan durch die Tatsache, daß er eine wirkliche Kontrolle der italienischen Regierung über Albanien herstellt. Da man auch nicht von einem gegenseitigen Defensivbündnis sprechen kann, — denn Italien hat fast mehr als 42 Millionen Einwohner, Albanien nur 800 000 —, so ist es klar, daß Albanien in die italienische Einflusssphäre gegen Jugoslawien einbezogen worden ist.

Aber die Erregung auf dem Balkan wird noch höher gehen, wenn man erfährt, daß dieser Vertrag das Endergebnis einer Spionage-, Korruptions- und Provokationsaktion des italienischen Vertreters Aloisi ist. Die Geschichte dieses neuartigen Diplomaten erregt Bestehen. Aloisi war ursprünglich italienischer Marineoffizier, hatte aber von jeher eine unbefangene Neigung zu internationaler Spionagetätigkeit und wurde wiederholt für heikle und geheime Aufträge verwendet. Bei Ausbruch des Weltkrieges wollte man ihn zum Informationsagenten machen, und er wurde beauftragt, ein Spionagesystem in großem Stil aufzubauen. Auf schweizerischem Staatsgebiet eingesperrt, liegt wie ein italienisches Insekt die italienische Gemeinde Campione. Die italienische Marine gab vor, in Campione ein Kasino aufmachen zu wollen. Es war dies die 6-te Art, Bewegungen mit Abenteurern und Zwischenhändlern aller Herren Länder herbeizuführen, um stets auf dem Laufenden zu bleiben. Aloisi hatte hierbei seine Hände mit im Spiel.

Im Jahre 1918 aber führte Aloisi einen großen, schon lange geplanten Coup aus. Man wußte, daß das österreichisch-ungarische Konsulat in Fiume den in der italienischen Spionage gedrückten Chiffreschlüssel besaß, und Aloisi bot sich der italienischen Regierung an, mit geschickten Helfershelfern nachts in die Räume des genannten Konsulats einzudringen, den Goldschrank aufzubrechen und sämtliche Dokumente zu stehlen. Zwei erfahrene Geldschrankkicker wurden darauf von Rom entsandt und Aloisi zur Verfügung gestellt. Das Vorhaben gelang. Aloisi bemächtigte sich des Schanks und fuhr in derselben Nacht noch mit seiner wertvollen Beute, begleitet von einem Beamten und den

beiden Einbrechern, im Arto nach Italien zurück. Es heißt, in dem Schrank habe man nicht nur die wichtigsten Papiere, sondern auch eine Summe von etwa 2 Millionen Schweizer Franken vorgefunden. Diese Summe ist niemals der italienischen Staatskasse zugeflossen, die sie ja auch gar nicht hätte annehmen können. Nach Kriegsende waren verschiedene italienische Blätter die Frage nach dem Verbleib dieser Summe auf, haben aber nie genaue Antwort auf diese Frage erhalten.

1918 leitete Aloisi in Paris ein geheimes Informations- und Aktionsbureau gegen Jugoslawien. Clemenceau selbst mußte einschreiten, um den Ueberseer Aloisi einzubändigen. Aloisi hatte eine große Anzahl politische Agenten und unübersehbare Mittel zur Verfügung; außer dem besaß er sich auch mit der Presse.

Aloisi wurde schließlich als Geandler nach Kopenhagen und nach Bukarest geschickt. Das waren zwei wichtige Geandlersstellen. Warum hat Mussolini daran gedacht, dem Baron Aloisi nach so bedeutenden Funktionen den bescheidenen Posten des italienischen Geandlers in Albanien, in Durazzo, anzubieten? Albanien ist ein kleines und armes Land, und nach der Gefandtschaft in Bukarest wird man fast immer Botschafter.

Der wahre Grund ist, daß Mussolini dort einen geschickten und vor allem gewissenlosen Spürhund haben wollte. Man sah bald darauf auch den Baron Aloisi in Tätigkeit: Revolution überall, die albanischen Politiker in kürzester Zeit von sachlichem Geist und sachlichem Gebilde verlor. Man soll sich an die albanischen Küste, nieder, um die Bewegung zu beobachten. Und so konnte man zu dem Vertrag von Tirana kommen, der Albanien, wie die jugoslawischen Blätter in Rom erklären, unter die Vormherrschaft Italiens stellt.

Welches werden die Ergebnisse sein? Welche Lage wird sich auf dem Balkan daraus ergeben? Wird das durch die früheren Verträge hergestellte Gleichgewicht nicht erschüttert werden? Die Spionage- und Propagandatätigkeit Ricciotti Garibaldis in Frankreich auf Rechnung der jugoslawischen Regierung, die Zwischenfälle von Ventimiglia und Livorno, der Vertrag von Tirana und die persönliche Tätigkeit des Barons Aloisi in Albanien sind Erscheinungen derselben Art.

Da die wirtschaftliche Krise und der Haß der Reaktion in Italien immer noch steigen, wird Mussolini von seinen eigenen Herden zum Kriege getrieben. Die faschistischen und selbst die autoritärsten Blätter Italiens sprechen unter wohlwollender Billigung der Jenius von nichts anderem als vom Kriege. Mussolini hat jüngst erklärt, durch den Faschismus sei in Italien alle Welt zwanzig Jahre alt geworden. Das ist das Lebensalter der Torheiten, und nur die Torheit kann Europa in neue Kriege jagen. Ein Krieg gegen wen? Man kann es nicht sagen. Aber das faschistische Abenteuer in Albanien und der Vertrag von Tirana sind schwerwiegendere Dinge, als es den Anschein hat, und werden die unheilvollsten Folgen haben.

holungsreise jetzt nicht antreten. Eine Reise nach Oslo in Verbindung mit der Verleihung des Friedensnobelpreises ist für die nächste Zeit nicht geplant. Nach den Aussagen des Nobel-Komitees sollen die Vorträge der Friedenspreisträger innerhalb eines Zeitraums von 6 Monaten nach der Verleihung des Preises stattfinden.

Da war man nun schon beim Kofferpoden, aber das Urteil von Landau hat alle ägyptische Romantik Dr. Stresemanns rückwärtslos gestört.

## Demonstration und Ausschreitungen Erwerbsloser.

SPD. Stettin, 23. Dezember. (Radio.)

Am Mittwoch kam es in Stettin, ebenso wie an den beiden Vortagen, zu Demonstrationen eines Teils Erwerbsloser. Die Polizei hatte auf Grund der Erfahrungen von den Vortagen die zum Rathaus führenden Hauptstraßen abgesperrt, so daß die Erwerbslosen in die Nebenstraßen abgedrängt wurden. Als ein Teil der Demonstranten versuchte, truppweise doch noch bis zum Rathaus vorzudringen, kam es zu einem Zusammenstoß mit der Polizei. Die Beamten wurden mit Steinen beworfen und zogen in der Abwehr blank. Einige Personen wurden verletzt. Auch Verhaftungen wurden vorgenommen.

In Uckeründe (Pommern) kam es ebenfalls zu einem Zwischenfall mit Erwerbslosen. Im Verlauf einer Stadterverordnetenversammlung, die über die Gewährung von 6000 Mark zur Weihnachtshilfe für die Erwerbslosen entscheiden sollte, wurde aus dem Zuschauerraum eine Bank gegen die Stirn der bürgerlichen Abgeordneten geschleudert. Ein Stadtverordneter wurde auf den Kopf getroffen, ein anderer Stadtverordneter erhielt einen Schlag ins Gesicht. Die Polizei räumte daraufhin den Zuschauerraum und nahm eine Verhaftung vor. Nach der Beendigung der Stadterverordnetenversammlung wurden die bürgerlichen Abgeordneten vor dem Rathaus von der Menschenmenge mit Zurufen empfangen. Die Polizei schritt auch hier ein und verhinderte weitere Ausschreitungen.

## Die britische Weltreichskonferenz.

Ein Nachwort

von Kennie Smith, Mitglied des Unterhauses.

Vom Standpunkt der auf der Reichskonferenz vertretenen Länder aus könnte man tatsächlich von einer Sitzung des „britischen Völkerbundes“ sprechen; denn außer Großbritannien waren Kanada, Australien, Neu-Seeland, die afrikanische Union, der irische Freistaat, Neufundland und Indien vertreten. Wenn man das englische Weltreich als Ganzes betrachtet, erscheint das Wort „britischer Völkerbund“ viel mehr als der Ausdruck eines Ideals, denn der Tatsache, doch, geschichtlich gesehen, können wir die diesjährige Konferenz mit ihrer Zusammenfassung freier und gleicher Nationen als zuverlässigen Wegweiser in die Zukunft ansehen.

Die Konferenz war durchdrungen von dem Bewußtsein ihrer eigenen Bedeutung. Dies konnte auch kaum anders sein bei einer Versammlung, die mehr als ein Viertel der Weltbevölkerung, verteilt auf über ein Viertel der Erdoberfläche, vertritt. Sechs Wochen lang wurden eine große Reihe von Problemen und Schwierigkeiten, in die diese gewaltige Bevölkerung verstrickt ist, diskutiert, angefangen von Filmen und Büchsenobst bis zu soch wenig handgreiflichen Gegenständen wie die auswärtige Politik des Weltreichs. Diejenigen, welche Zusammenstöße und Brüche erwarteten, wurden enttäuscht. Selbst der afrikanische General Herkog, der böse Wut in der Weltreich-Kinderstube, hat sich darauf beschränkt, einige der geselligen Veranstaltungen nicht zu besuchen.

Die Diskussion über die internen Weltreichbeziehungen und über die auswärtige Politik des Weltreiches haben die meiste Aufmerksamkeit erregt. Doch mögen praktische Angelegenheiten, wie Auswanderung, wissenschaftliche Forschung, Landwirtschaft, Reichsfilme und ähnliches sich in der Praxis als wichtiger erweisen. Ich will einige Hauptpunkte kurz besprechen.

### Innere Beziehungen und auswärtige Politik.

Dies war das heißeste Problem, mit dem sich die Konferenz abzugeben hatte. Lord Balfour schreibt in seinem Konferenzbericht wie folgt:

„Unsere Diskussionen über diesen Punkt waren lang und weitläufig. Bei Nachprüfung fanden wir, daß sie die Berücksichtigung von Grundprinzipien verlangten, die die Beziehungen der verschiedenen Teile des Weltreichs untereinander, wie auch die Beziehungen jedes Teiles fremden Ländern gegenüber einschlossen. Für eine solche Nachprüfung war die uns zur Verfügung stehende Zeit bei weitem zu kurz. Doch hoffen wir, einen Grund gelegt zu haben, auf welchem spätere Konferenzen aufbauen können.“

Dieser weite Ausblick ist kennzeichnend. Auch diejenigen, die eine geschriebene Reichsverfassung aus der Konferenz hervorgehen sehen wollten, wurden enttäuscht. Wie beim Mutterland, so ist auch die Bestimmung des Weltreichs, politisch sich durch Experiment und Präzedenzfall, sowie durch möglichst vernünftige Anpassung an dauernd sich ändernde Situationen zu entwickeln. Was aus der Diskussion klar hervorgeht, ist, daß die Dominions sich im Zustand voller politischer Gleichheit mit England befinden. In der Sprache des Berichts:

„Sie sind autonome Gemeinwesen im britischen Weltreich, von gleichem Status, in keiner Weise eines dem andern untergeordnet, in welchem Zwecke innerer oder äußerer Angelegenheiten es auch sei, doch vereint durch die gemeinsame Zugehörigkeit zur Krone, und frei verbunden als Mitglieder des britischen Weltreichs.“

Jedes der selbstverwalteten Glieder des Reiches ist jetzt Herr seines Schicksals. Es besteht nur eine Beschränkung, und zwar steht es den Dominions nicht frei, gegen die Krone zu rebellieren und sich vom Mutterlande zu trennen; doch hat eine solche Beschränkung wenig mehr als Papierwert. Jeder, der die Verhältnisse kennt, weiß, daß England weder versuchen könnte noch wollte, gegen Kanada oder Australien Krieg zu führen, falls diese Länder sich selbst aus dem Weltreich lösen wollten. Dieses Gleichheitsprinzip ist nicht neu; es ist jetzt nur der zu Papier gebrachte Ausdruck einer Tatsache, die während der letzten sechzig Jahre Wirklichkeit geworden ist.

In der Führung der auswärtigen Angelegenheiten, „wie in der Verteidigungssphäre, muß der Hauptteil der Verantwortung jetzt und für die nähere Zukunft auf die Regierung ihrer Majestät in Großbritannien ruhen“; doch wurde andererseits die wachsende Tendenz der Dominions, ihre auswärtigen Angelegenheiten selbst zu führen, anerkannt, und Methoden zur Herbeiführung gegenseitiger Uebereinstimmung in auswärtigen Angelegenheiten wurden ausführlich diskutiert.

Daß alle diese Erörterungen zu einer Reihe wichtiger praktischer Entwicklungen führen werden, unterstreicht nur die Tatsache, daß die Dominions letzten Endes einfach durch Bande gemeinsamen Gefühls und gemeinsamen materiellen Vorteils zusammengelassen sind, und nicht durch irgendwelche Verfassungsverträge, die aus dieser oder einer späteren Konferenz hervorgehen mögen. Es ist möglich, daß die weitere Entwicklung der Zustimmungsmethode in auswärtiger

## Wenn jemand eine Reise tut...

Dr. Luthers Erzählungen.

Der Südamerikareisende Dr. Luther ist gestern in Bremerhaven an Land gegangen. Er hat den Ehren verschmäht, wohl um in der großen Handelsstadt würdig empfangen zu werden. Dr. Luther weiß also noch nicht in Berlin, wie das etwa aus unserer gestrigen Darstellung geschlossen werden könnte. Ein hellhöriges Bureau war den Ereignissen vorausgesehen, wie unlängst das Berliner Hugenberg-Organ, der Lokalanzeiger, der bereits in seiner gegen 3 Uhr erscheinenden Abendausgabe zu berichten wußte, was Herrmann Müller um 6 Uhr mit dem Reichszanzer verhandeln würde.

Jedenfalls weiß Dr. Hans Luther wieder auf deutschem Boden und die nächsten Wochen werden zeigen, wie er seine Trümmer auszuspielen gedenkt. Vorkünftig hat er seine erste Kesselpredigt abgehalten, und zwar vor den Pfarreräßen der Stadt Bremen, vor den Direktoren der Lloyd und was sonst alles zu den ehrsamem Honoratioren eines solchen Gemeinwesens gehört. Dr. Luther ist feinerzeit über den Flaggenentwurf gekürzt und wenige Tage nach seiner Niederlage hat er bereits seine Südbandreise angetreten. Selbstverständlich hat er in Südamerika mit schwarzweißrot, wenigstens nach seinen Reden, größte Zustimmung gefunden. Auf die Frage, so berichtet die Tetunian, wie sich der Flaggenentwurf im Ausland auswirke, erklärte Dr. Luther, daß überall, wo er hingekommen sei, die schwarzweißrote Flagge mit der Götze vorherrschend gewesen sei. Dr. Luther betonte noch besonders, daß der Zusammenschluß aller Deutschen der eigentliche Zweck seines Besuchs gewesen sei.

Demzufolge ist also die Politik Dr. Luthers, natürlich im Sinne Michaels, wie er sie auffaßt, gerechtfertigt worden. Nun hat der Bundesfreund des Reichszanzer, der Reichspräsident, Herr Hindenburg, das Wort.

W.B. Berlin, 22. Dezember.

Der Reichsminister des Auswärtigen wird mit Rücksicht auf die politische Lage die auf ärztliches Anraten vorgesehene längere Er-

tigen Fragen zu einer mehr bewußten Weltreichspolitik führen wird; ohne Zweifel wird sie eine wachsende Zurückhaltung beim Eingehen von Verpflichtungen mit andern Nationen hervorzurufen.

Die Locarno-Politik wurde ausgiebig diskutiert, nicht nur im Hinblick auf ihre bereits erzielten Ergebnisse, sondern auch als Versuch, „in gewissem Maße die erhofften weiteren Resultate vorauszusehen“. Jedoch wurde die Rede des englischen Außenministers wie auch die ihr folgende zweitägige Diskussion hinter geschlossenen Türen abgehalten, und es folgte nur eine Resolution durch, in der die englische Regierung zu ihrer erfolgreichen Friedensarbeit in Europa beglückwünscht wird.

### Wirtschaftsfragen.

Ueber die Wirtschaftspolitik im Weltreich wurde viel diskutiert, und wenig getan in bezug auf konkrete Vorschläge. In Handelsfragen ergab sich eine beunruhigende Analyse der Beziehungen Großbritanniens zu den Dominions. Mr. Bruce, der ausländische Premier, sagte z. B. dar, daß während der Handel der Vereinigten Staaten mit dem Weltreich seit 1918 um 108 Prozent angewachsen war, der von Großbritannien mit seinem Weltreich sich nur um 48 Prozent vergrößert hatte.

Die Bevölkerungsfragen und das Problem der Beziehungen zwischen Landwirtschaft und Industrie sind eng verknüpft mit der allgemeinen Frage der Wirtschaftsstruktur. In bezug auf das Bevölkerungsproblem sind die Worte Mr. Bruce bemerkenswert:

„Es ist nicht die Dominions bevölkern können, ist ein hoffnungsvoller Ausblick auf die Zukunft des britischen Weltreiches nicht möglich. Ich möchte hinzufügen, daß das Problem der Anheftung und der Entwicklung der Dominions, besonders eines solchen großen Kontinents wie Australien, nicht eine Frage ist, deren Lösung wir der Zukunft überlassen können; es ist eine Frage, die wir sofort zu lösen haben.“

Ein wichtiger Teil der Diskussion über praktische wirtschaftliche Fragen drehte sich um die Arbeit des Weltreich-Verkehrsamtes, dessen Aufgabe es ist, den Warenumlauf im Weltreich zu fördern. Ein großer Propagandafeldzug, der die Konsumenten zum Kauf von Weltreichprodukten ermutigen soll, ist soeben von dieser Stelle aus eingeleitet worden.

Schließlich spielte die Frage der Reichsverteidigung eine wichtige Rolle. Schaustellungen für die Delegierten, in denen die neuesten Methoden künftiger Kriegsführung vorgestellt wurden, fehlten nicht. Das Prinzip der Gleichheit der Flottenstärke mit jeder andern Macht wurde aus neue festgelegt. Die Konferenz betonte die Notwendigkeit für England, zum Heimaufbau eine Luftflotte zu besitzen, die stark genug ist, um gegen Luftangriffe der stärksten Luftmacht im Angriffsbereich der englischen Küste zu schützen.“

Demgegenüber steht der Ausdruck des Bedauerns, daß es nicht möglich gewesen ist, größere Fortschritte auf dem Gebiete der internationalen Abrüstung zu machen.

Vom Standpunkt der englischen Arbeiterpartei aus war diese Konferenz nur eine Konferenz von Regierungen. Der Vorschlag, die Oppositionsparteien einzubeziehen, wurde von der konservativen englischen Regierung abgelehnt. Die Arbeiterpartei versucht, zur vollen Diskussion des Berichts über die Reichskonferenz einen Tag im Unterhaus zu sichern.

### § 218 in neuer Fassung.

1. r. Der § 218 in neuer Fassung deutet wenigstens den Weg zu einer gerechten Lösung der unheimlichen Abtreibungsfrage an. Von nun an sollen die bedauernden Frauen, die aus dem einen oder anderen Grunde nicht Mutter werden wollten oder konnten und deshalb die Fruchtabtreibung vornahmen, oder sie durch fremde Hand an sich vornehmen ließen, nicht mehr eventuell bis zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt werden können, sondern nur zu einer Gefängnisstrafe. Im Grunde genommen bedeutet dies nicht allzu viel, denn nur selten fanden sich Richter, die den traurigen Mut ausbrachten, solch eine unglückliche Frau mit dem Zuchthaus zu bestrafen. Trotzdem, es war wenigstens etwas, das die neue Fassung des § 218 den Frauen zubilligte. Aber diese Milde- rung hat, was es sich jetzt ergeben hat, in gewisser Hinsicht auch eine Verschärfung im Gefolge.

So standen vor wenigen Tagen vor dem Schöffengericht in Berlin einige Frauen, die angeklagt waren, Abtreibungen an anderen Personen vorgenommen zu haben. Das Schöffengericht entschied sich aber nicht, selbst die Straffache zu erledigen, sondern erklärte sich als nicht zuständig und überwies sie dem „Schwurgericht“. Was ein „Schwurgericht“ heuteutage vorstellt, ist ja zur Genüge bekannt. Es ist dasselbe Schöffengericht nur mit drei Berufsrichtern und sechs Laienrichtern besetzt. Der Nachteil dieses erweiterten Schöffengerichts gegenüber dem kleinen Schöffengericht besteht aber darin, daß es keine Berufung kennt. Seine Urteile sind endgültig. Weshalb mußte nun die Straffache dem sogenannten Schwurgericht überwiesen werden? Aus folgenden Gründen.

Das Emmingerische Schwurgericht hat alle Verbrechen abzuurteilen, die mit einer Strafe von über 10 Jahren Zuchthaus bedroht sind. Deshalb wurden bis vor kurzem alle die Fälle der Abtreibung gegen Entgelt, die unter die alte Fassung des § 210 mit einer Strafe von höchstens 10 Jahren Zuchthaus bedroht waren, von den eigentlichen Schöffengerichten abgeurteilt. Die neue Fassung des § 218 macht zwischen dem Lohn- und „Freundschafts“ abtreibungen keinen Unterschied und sieht für die gewerbsmäßige Abtreibung ebenfalls Zuchthaus vor, ohne Angabe der Höchstgrenze. Diese kann aber auf Grund des § 24 StGB. auch 15 Jahre betragen. Somit ist hier ein Fall gegeben, bei dem nicht mehr das eigentliche Schöffengericht, sondern das Emmingerische „Schwurgericht“ zuständig ist. Und hat sich gemeinsam mit einer Person, die die Abtreibung an irgendeiner Frau vorgenommen hat, diese Frau selbst zu verantworten, so kommt auch sie vor das „Schwurgericht“ und da gibt es, wie bereits gesagt, keine Berufung. Bekanntlich urteilt aber die erste Instanz in der Regel schärfer als die zweite, nämlich um ein Exemplar zu statuieren. Die zweite Instanz läßt hier sicher öfters Milde walten. So bedeutet die neue Fassung des § 218 in gewisser Hinsicht eine Verschärfung. Das konnte aber nicht Abtät des Gesetzgebers sein. Es erscheint daher notwendig, so schnell als möglich durch den Reichstag Abhilfe zu schaffen.

### Noch kein Reichsschulgesetz.

Von unterrichteter Seite erfährt die Leipziger Lehrerschaft, daß im Hinblick auf die unklaren Mehrheitsverhältnisse des Reichstags von der Einbringung des fertiggestellten Reichsschulgesetzentwurfes an das Kabinett vorläufig Abstand genommen werden. Der Entschluß sei schon vor dem Sturz des Kabinetts gefaßt worden. Durch den Regierungsturz ist der Entwurf von Dr. Kütz zunächst überhaupt erledigt.

Jürgensproj. Ende Januar. Zur Durchführung der Verhandlung gegen Landgerichtsdirektor Jürgens und dessen Ehefrau wird einer Korrespondenzmeldung zufolge das Schwurgericht Ende Januar zu einer auf etwa acht Tage berechneten Tagung zusammen- treten.

# Proteste gegen das Landauer Urteil.

## Die deutschen an die französischen Sozialisten.

Berlin, 22. Dezember.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat an den Vorstand der französischen Sozialistischen Partei folgendes Telegramm gerichtet: Das Landauer Kriegsgesichtsurteil erzeugt in ganz Deutschland tiefe Entrüstung. Nach unserer Ueberzeugung mit vollem Recht. Der Freispruch Rouziers und die gleichzeitige Beurteilung der deutschen Angeklagten, darunter aktiver Republikaner sind geeignet, der deutsch-französischen Entpannung entgegenzuwirken, die von den Regierungen und der Mehrheit beider Völker erstrebt wird. Wir ersuchen euch unverzüglich bei der französischen Regierung vorstellig zu werden, um mindestens, aus Anlaß des Weismannhofes die sofortige Enthaltung der Beurteilungen zu erwirken, unbeschadet der notwendigen Revision des Urteils.

Paris, 23. Dezember.

Die Zeitung der Sozialistischen Partei hat aus das von der SPD. an sie gerichtete Telegramm beschlossen, bei der französischen Regierung zugunsten der Aufhebung des Landauer Urteils sowie der sofortigen Einstellung der deutschen Angeklagten vorstellig zu werden.

### Schritte der deutschen Regierung.

WTB. Koblenz, 22. Dezember.

Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete, Vostschafter Freiherr Langwerth von Simmer, hat heute dem Stellvertreter des hiesigen französischen Oberkommandos gegenüber die tiefe Erregung der Bevölkerung des besetzten Gebietes über das Urteil von Landau zum Ausdruck gebracht und die Besorgnis ausgesprochen, daß dieses Urteil die von den Locarno-Mächten verfolgte Politik der Verständigung und Befriedung in besagtem Gebiet beeinträchtigen könnte.

Im gleichen Sinne hat sich der Reichskommissar telegraphisch an den in Paris weilenden Präsidenten der Interalliierten Rheinlandskommission Tirard gewandt.

Berlin, 23. Dezember.

Wie der Vorwärts meldet, wurde der französische Botschafter de Margerie gestern von Dr. Stresemann empfangen, der den Botschafter auf die allgemeine Entrüstung des deutschen Volks über das Landauer Urteil und auf die hieraus sich ergebenden Gefahren für die Verständigungspolitik aufmerksam machte.

### Erklärung des Reichsministers Dr. Bell.

Der Reichsminister für die besetzten Gebiete Dr. Bell gab einem Vertreter des WTB. eine Erklärung über das Landauer Kriegsgesichtsurteil ab, in der es u. a. heißt:

„Mit Empörung und Entrüstung hat das gesamte deutsche Volk das unerhörte Fehlurteil des französischen Kriegsgesichtsurteils in Landau vernommen. Jeder, der der Beweisaufnahme folgte, sah die Schuld Rouziers klar hervortreten; trotzdem dieser Freispruch, der jeder Gerechtigkeitohn schuldig ist. Diese Verhältnisse sind einfach untragbar. Wenn das Leben der Einwohner dem Kriegsgesicht so leicht wiegt, so fühlt sich die Bevölkerung in einem Zustand der Rechtlosigkeit, der in schreiendem Gegensatz zu den Bemühungen der letzten zwei Jahre eine Rechtsordnung des Friedens zwischen Deutschland und Frankreich zu schaffen. Im ganzen Volk können solche unbegreiflichen Verhältnisse nur als ein Schlag gegen die Verständigungspolitik wirken. Wir erwarten, daß die berufenen französischen Instanzen gerade im Landauer Falle alles tun, um das begangene Unrecht wieder gutzumachen. Die einzige Sicherheit gegen die Wiederkehr solcher, die gesamte Politik beider Länder schwer gefährdender Vorkommnisse liegt nur in der alsbaldigen Beilegung der Bejahung.“

### Scharfe Kritik in der französischen Linkspresse.

SPD. Paris, 22. Dezember.

In hiesigen politischen Kreisen, sowohl bei der Rechten angehörend, hat das Landauer Urteil eine leicht verheißvolle Verlegenheit, in Linkskreisen heftigen Protest ausgelöst. Hier zeigt man sich besonders über die lebhaftige Entrüstung beunruhigt, die der Urteilspruch in der öffentlichen Meinung in Deutschland hervor-

gerufen hat und über die eventuellen Rückwirkungen, die das Urteil auf die von Briand und Stresemann kaum begonnene Verständigungspolitik zwischen den beiden Völkern haben könnte. Das Deuvre hat bereits am Mittwochmorgen das Landauer Urteil als verbrecherisch gekennzeichnet.

In der Abendpresse der Linken vom Mittwoch ist der Ton noch schärfer. Das neue große Linksorgan Le Soir erklärt, das Urteil werde sicherlich zum europäischen Frieden nicht beitragen. Man finde in ihm weder Sinn für Gerechtigkeit noch für vernünftige Politik. Das Blatt stellt fest, daß wieder einmal ein Kriegsgesicht gezeigt habe, daß es unfähig sei, die Dinge anders als durch die militärische Brille zu sehen und das Landauer Gericht gar nicht den Sinn des Dramas verstanden habe, über das man es zur Beurteilung heranzog, noch sich über die Schlüsse Rechenschaft gab, die man aus seinem Urteil irgenwie ziehen könnte. Es sei besonders gefährlich und charakteristisch, daß der Regierungskommissar selbst sich gegen jede Entpannung in den deutsch-französischen Beziehungen ausgesprochen zu müssen glaubte. Er habe diese Entpannung nämlich als die Ursache der Landauer Schieberei hingestellt. Ohne Zweifel, schreibt das Blatt, hat das Landauer Kriegsgesicht eine verhängnisvolle Rolle in bezug auf den europäischen Frieden gespielt, indem es immer noch sieben Jahre nach dem Waffenstillstand Kriegsziele verfolgt.

In bitterer Ironie äußert sich der Paris Soir: „Welch prächtiges Urteil“, ruft das Blatt aus, wie glänzend beweist es, daß sich nichts in dieser wunderbaren Institution geändert hat, die man Arme nennt. Was überrascht uns eigentlich an dem Urteil? fragt das Blatt ironisch. Das Kriegsgesicht hatte mehrere Angeklagte, darunter einen französischen Offizier und mehrere deutsche Zivilisten, abzuurteilen. Es hat den Offizier freigesprochen und die Zivilisten verurteilt. Entspricht das nicht ganz der Tradition und dem Brauch? Man hält uns entgegen, daß das Urteil inopportun sei und das Verhältnismäßigkeit der Strafmänner der beiden Länder zu fördern ratiere. Man lasse uns doch in Ruhe mit solchen Redensarten. Ist es die Rolle eines Kriegsgesichts, Frieden zu stiften?

In parlamentarischen Linkskreisen ist die Erregung über das Urteil ebenfalls außerordentlich scharf. Es ist anzunehmen, daß in allerfrühester Zeit von der sozialistischen Fraktion eine Interpellation über das Urteil in der Kammer eingebracht werden wird. Das Telegramm des Vorstandes der deutschen Sozialdemokratie an die französischen Sozialisten entspricht ganz deren Auffassung.

Besonders bemerkenswert sind auch die Äußerungen der Pariser Deuvre. Das Blatt zitiert ebenfalls die in der obigen Meldung angeführten Äußerungen des Generals Guillaumat, nach der der Germersheimer Zwischenfall die „logische Folge der Politik seit Locarno“ sei und sagt, in der Rheinarmee verabsäume man Locarno und Thoiry. Weiter schreibt es dann:

„Was besonders ernst an dem Urteil von Landau ist, ist, daß es im Voraus diktiert zu sein scheint; das ist ein politisches Urteil. Man braucht nur die Rede des anklagenden Kapitäns Tropet zu lesen. War es eine Anklage gegen den Beschuldigten? Nein, es war eine Anklage gegen die äußere Politik Frankreichs. Man erkennt, daß es sich weniger darum handelt, Rouzier freizulassen und die drei Leute von Germersheim zu verurteilen, sondern daß es sich darum handelt, die Abkommen von Locarno zu verurteilen. Dieser Prozeß mit seinen Verwundungen ist der Prozeß gegen das pazifistische Frankreich geworden, den auf deutschem Gebiet ein französischer Offizier geführt hat. In der Stunde, in der Deutschland inmitten einer ministeriellen Krise lebt zwischen dem Frieden und der Revanche, hat man geglaubt, besonders geistreich dadurch zu sein, daß man sich nach der Seite des Hasses wandte, also jeden Versuch der Annäherung noch schwieriger machte.“

### Die Glückwünsche der Kameraden.

WTB. Landau (Pfalz), 22. Dezember.

Die französische Kommandantur hat, um Ausschreitungen der erregten Bevölkerung zu verhindern, angeordnet, daß die Wohnung des freigesprochenen Rouzier bis zu dessen Abreise aus Germersheim durch Gendarmerieposten bewacht wird. Gendarmerte durchstreift auch die Straßen der Stadt und die Lokale. Die Bevölkerung zeigt tiefste Erregung über das Urteil. Viel besprochen wird, daß nach der Freisprechung des Rouzier das gesamte Richterkollegium noch im Gerichtssaal auf den Unterleutnant Rouzier trat und ihm ostentativ in Gegenwart der Beurteilten beglückwünschte.

### Der Reichsetat 1927/28.

SPD. Später als im Vorjahre wird der neue Reichsetat für 1927 dem Reichstag zugehen. Erst am Mittwoch hat der Reichsetat ihn verabschiedet, so daß der Reichstag ihn kaum vor Anfang Januar erhalten wird. Diese Verzögerung ist sehr bedauerlich. Sie gefährdet die rechtzeitige Verabschiedung des Etats durch den Reichstag vor dem 1. April, die im Jahre 1926 zum erstenmal hat durchgeführt werden können. Der wichtigste Grund für diese Verzögerung sind die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Reichsregierung und dem Reichsrat, die wahrscheinlich dazu führen, daß in wichtigen Punkten dem Reichstage Doppelvotlagen von der Reichsregierung und dem Reichsrat unterbreitet werden.

Der Etat-Entwurf der Reichsregierung balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 8474,5 Millionen, gegenüber 8428,7 Millionen im Jahre 1926. Innerhalb des Gesamtbudgets aber ist eine größere Verabschiedung eingetreten. Die Ausgaben und Einnahmen des ordentlichen Haushalts sind gegenüber 1926 um 408,6 Millionen gestiegen, die Ausgaben und Einnahmen des außerordentlichen Haushalts dagegen um 383,8 Millionen gesunken. Gegenüber dem Jahre 1926 ist infolgedessen nur eine Mehrbelastung von 45,8 Millionen eingetreten.

Von der Gesamtbelastung des Reiches entfallen 7965 Millionen auf die ordentlichen Ausgaben, und zwar auf folgende Zweite: Steuerüberweisung an Länder und Gemeinden 2844,9, innere Kriegslasten 175,8, Reparationszahlungen 331,2 sonstige fortwauernde Ausgaben 3868,1, einmalige Ausgaben 445,2 Millionen. Von den außerordentlichen Ausgaben in Höhe von 509,5 Millionen entfallen auf innere Kriegslasten 19,4, auf Reparationszahlungen 67,5 und auf sonstige Ausgaben 422,6 Millionen.

Diese Ausgaben sollen durch folgende Einnahmen gedeckt werden: Der ordentliche Haushalt rechnet mit Einnahmen aus Besitz- und Verzehrssteuern in Höhe von 5025 Millionen, aus Zöllen und Verbrauchszöllen von 2430 Millionen und mit Verwaltungseinnahmen von 510 Millionen. Im außerordentlichen Haushalt ist lediglich eine Einnahme von 8,1 Millionen vorgesehen. Während also im ordentlichen Haushalt Einnahmen und Ausgaben sich ausgleichen, verbleibt beim außerordentlichen Haushalt ein Betrag von 501,4 Millionen, dessen Deckung durch eine Anleihe vorgezogen ist.

Stieht man von den Steuerüberweisungen an Länder und Gemeinden, den inneren Kriegslasten und den Reparationszahlungen ab, so verbleibt beim ordentlichen Haushalt eine Ausgabe des Reiches von 4313,3 Millionen. Davon sind 3863,1 Millionen fortwauernde Ausgaben, 445,2 Millionen einmalige Ausgaben. Von den fortwauernden Ausgaben beanspruchen a) die persönlichen Be-

züge der Beamten, Soldaten, Angestellten und Arbeiter des Reiches 859,7 Millionen = 17,06 Prozent; b) die Verordnungsgebühren der Reichsverwaltungen und der Wehrmacht, einschließlich der Militärrenten für Kriegsschadigte, 1467,6 Millionen = 37,94 Prozent; c) die tatsächlichen Verwaltungsausgaben 1740,8 Millionen = 45 Prozent.

Der Ausgabenbedarf des außerordentlichen Haushalts beträgt 509,5 Millionen. Darin sind für innere Kriegslasten und Reparationszahlungen 88,8 Millionen enthalten, so daß die eigentlichen Ausgaben der allgemeinen Reichsverwaltung 422,7 Millionen betragen. Davon entfallen auf den Haushalt des Reichsarbeitsministeriums 195 Millionen, 180 Millionen für produktive Erwerbslosenfürsorge, 80 Millionen für Siedlungswende, den Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums 62 Millionen, den Haushalt des Reichsverkehrsministeriums 90,7 Millionen. Der Rest ist für verschiedene Zwecke (Betriebsmittelfonds für die Braunkohlenmonopolverwaltung 25 Millionen, Darlehen zur Fortführung begonnener Eisenbahnen 30 Millionen) vorgezogen.

Die Gesamtbelastung des Reiches durch die Reparationszahlungen beträgt im Etatjahre 1927/28 1778,7 Millionen, das sind 488,5 Millionen mehr als 1926. Aus dem Reichshaushalt selbst sind 1927 898,7 Millionen zu decken gegenüber 500,2 Millionen im Jahre 1926, also 348,5 Millionen mehr.

Der Etatentwurf des Reichsrats weicht von der Vorlage der Reichsregierung ab. Bereits bei dem Gesetzentwurf über die Verlängerung des vorläufigen Finanzausgleichs hat der Reichsrat beschlossen, an der besonderen Garantie der Umsatzsteuer in Höhe von 450 Millionen Markt festzuhalten. Das bedeutet eine Mehrüberweisung an Länder und Gemeinden von 112,5 Millionen. Um diese Mehrausgabe zu decken, hat der Reichsrat gleichzeitig neben beträchtlichen Ausgabeerhöhungen Erhöhungen der Einnahmefähige von rund 100 Millionen vorgenommen.

Demgegenüber vertritt die Reichsregierung den Standpunkt, daß ihre Ansprüche der Einnahmen bis an die äußerste Grenze des Vertretbaren gehen. Eine Reserve für den Fall einer Verschlechterung der deutschen Wirtschaftslage sei in ihren Zahlen nicht enthalten. Vielmehr sei damit gerechnet, daß die eingetretene Besserung der deutschen Wirtschaft im Rechnungsjahre 1927 weiter fortgeschritten. Sie hält es auch für fraglich, ob der Reichsrat verfassungsgemäß in der Lage sei, die Einnahmefähigkeit abweichend von der Reichsregierung vorzunehmen, und hält diese Handlung auch sachlich für falsch. Der Reichsfinanzminister hat deshalb im Reichsrat angekündigt, daß die Reichsregierung an ihrer Vorlage festhalten wird, so daß der Reichstag endgültig über den Streit zwischen Reichsregierung und Ländern zu entscheiden haben wird.

# Einigung der norwegischen Sozialisten.

## Vorübergehende Trennung von der Internationale.

Aus Oslo wird dem Soz. Pressebüro berichtet:  
Vor wenigen Wochen haben in Oslo Einigungsverhandlungen zwischen der norwegischen Sozialdemokratie und der norwegischen Arbeiterpartei stattgefunden, bei denen auch Dr. Friedrich Adler als Vertreter der Internationale anwesend war. Sie führten zu dem glücklichen Ergebnis, daß die beiden Hauptverbände sich auf ein Einigungsprogramm einigten, das nach Bildung der Mitgliedschaft zu einer neuen geeinten norwegischen Sozialistenpartei führen soll. Sowohl die Sozialdemokratie wie die Arbeiterpartei haben außerordentliche Parteitage zum 23./24. Januar 1927 einberufen, auf denen die Einigung endgültig beschlossen werden soll.

Die Einigungsgrundlage ist in vierzehn Punkte zusammengefaßt, deren allgemeiner Eindruck der ist, daß sie durchaus von gesunder sozialistischer Tendenz getragen sind, wenn sie auch den naturgegebenen Kompromißcharakter an einigen Stellen deutlich zeigen. Norwegischen Verhältnissen angepaßt, wendet sich das Einigungsprogramm nicht nur an die Industriearbeiter, sondern auch an die Bauern und Fischer. „Arbeiterbauer“ heißt jene zahlenmäßig nicht kleine Schicht in Norwegen, die eine kleine Stiedlung von vielleicht einem bis zwei Hektar ihr Eigentum nennt, aber im Winter in den Fischkonservenfabriken und in anderen Industrien arbeiten muß und dadurch absolut zur Arbeiterklasse gezählt werden kann. Mit Recht heißt es in dem Einigungsprogramm, „Arbeiterbauern und Fischer müssen den Kampf für ihre Lebensinteressen Seite an Seite mit den Lohnarbeitern führen; der Klassenkampf erstreckt sich auf alle Gebiete des ökonomischen Lebens und das ganze Volk wird gezwungen, seine Wahl in dem gewaltigen Streit zwischen Arbeit und Kapital zu treffen.“ Das Einigungsprogramm bringt weiter ein Bekenntnis zur Sozialisierung und zur Demokratie, aber keine Festlegung auf die parlamentarische Regierungsform. Dagegen kündigt es dem Faschismus Kampf mit allen Mitteln an. Kompromißcharakter trägt die Einigung über die internationale Frage. Hierzu erklärt sich die norwegische Sozialdemokratie bereit, vorläufig aus der Hamburger Internationale auszutreten, während auf der anderen Seite auch die Arbeiterpartei dem Internationalen Informationsbureau, einer ziemlich unbekanntem Gründung von Lebenshour und Dr. Steinberg, den Rücken kehren will. Die Arbeiterpartei nimmt schließlich in ihren Kommentaren zu dem Einigungsprogramm den Vorbehalt der Sozialdemokratie, auf dem ersten Jahreskongress der geeinten Partei einen Antrag zum Eintritt der geschlossenen Partei in die Hamburger Internationale einzubringen, ohne Widerspruch zur Kenntnis.

Mag man im übrigen Europa in dem Austritt der norwegischen Sozialdemokratie aus der Internationale auch ein unangenehmes Zugeständnis an die ablehnende Haltung der Arbeiterpartei gegenüber den führenden Männern der Internationale sehen, so erscheint einem näheren Beobachter der norwegischen Verhältnisse doch dieses Zugeständnis als notwendiges Übel. Mit Recht betont die sozialdemokratische Presse, daß erst die vollbrachte Einigung im Laufe der Zeit die Klüfte überbrücken kann, die zwischen der Arbeiterpartei und der Internationale entstanden ist. Sie weist weiter darauf hin, daß die Sozialdemokratie in diesem Punkte der Einigung der norwegischen Arbeiterklasse ein Opfer gebracht hat, ihre vornehmste Aufgabe aber darin erblickt, für ihre Auffassung, daß die geeinte Partei der Hamburger Internationale bestehen müsse, möglichst bald die Mehrheit in ihr zu erringen. Es ist zu erwarten, daß auf den im Januar stattfindenden Kongress sich bei den sozialdemokratischen Delegierten eine nicht unerhebliche Minderzahl gegen die Einigung auf dieser Grundlage aussprechen wird, aber auch sie werden sich dem zwingenden Wunsch des überlegenen Teiles der Mitgliedschaft der beiden Parteien, endlich wieder einmal die norwegische Arbeiterklasse einig in einer Partei zu sehen, wohl fügen. So wird vom Januar an auch in Norwegen wieder eine geeinte sozialdemokratische Partei vorhanden sein, der gegenüber die sowjetische schon längst zusammengeschmolzenen Moskauer Kommunisten zur völligen Bedeutungslosigkeit hinabsinken werden.

Ausdrücklich ist in den Einigungsverhandlungen festgesetzt worden, daß die Landesorganisation der Gewerkschaften neutral ist und ihre von den politischen Parteien keine Vorschriften in Bezug auf ihre internationalen Verbindungen zu machen sind. Die Landesorganisation, die übrigens eben dadurch wieder stärker geworden ist, daß der vor einigen Jahren aus ihr ausgestretete Mauerwerksverband in einer Urabstimmung sich für den Wiedereintritt erklärte, hat, wird nun wahrscheinlich noch schneller nach Amsterdam gehen als die geeinte Partei nach Hamburg; denn, wie Harold Olsen, der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes, gegenüber dem schwedischen Dagens Nyheter erklärte, ist schon jetzt die Mehrheit im Vorstand der Landesorganisation für einen Anschluß an Amsterdam. Man kann also hoffen, daß auch auf dem nächsten Kongress der Landesorganisation sich eine Mehrheit für Amsterdam zusammenfinden wird.

Wie der SPD. weiter berichtet, beauftragte der Bundesauschuß des norwegischen Gewerkschaftsbundes mit 89 gegen 18 Stimmen den Vorstand mit einer Prüfung der Frage der internationalen Organisationsverhältnisse, um den Wiedereintritt an den Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam vorzubereiten.

## Arbeit für die Internationale.

Ueber die Sitzung des erweiterten Parteivorstandes der französischen Sozialisten wird vom Pariser Korrespondenten des Soz. Pressebüros noch mitgeteilt:

Auf einen Antrag von Renaudel beschäftigten sich die Delegierten dann noch mit den Enthüllungen Scheidemanns über die Reichswehr und ihre Zusammenhänge mit dem Bolschewismus. Renaudel, unterstützt von Grumbach, verlangte, daß die Verbindungen der Reichswehr mit dem Bolschewismus von der Verwaltungskommission festgestellt und öffentlich bekannt gemacht werden. Einkünfte wurden von der Kommission folgende Entscheidung angenommen:

„Das Sekretariat der Partei wird beauftragt, das Exekutivkomitee der Sozialistischen Arbeiterinternationale aufzufordern, in seiner nächsten Sitzung die internationale Frage der Enthüllungen zu prüfen, die auf der Reichstagsdebatte durch die Abgeordneten der Sozialdemokratischen Partei gemacht worden sind, insbesondere was die Frage des in Rußland hergestellten Kriegsmaterials für Kontingente öffentlicher und privater Organisationen Deutschlands anlangt.“

Diese Untersuchung, die zu beginnen ist, ließe sich noch, um einer Arbeit und eines Zieles willen, erweitern. Man könnte z. B. zur Brandmarlung gewisser imperialistischer Methoden eine Aufhellung der Subventionierung schineischer Generale durch ausländische, mit dem Nobelpreis geschützte Finanzklassen versuchen. Doch das ist eine recht schwierige Arbeit, die auch aus anderen, weniger technischen Schwierigkeiten dem Forum der Internationale nicht recht entspricht, und um die sich mit prächtigem Eifer unsere englischen Genossen bemühen. Weniger schwierig, weil von Briand in öffentlicher Kammerzögerung zugegeben, und sachlich sowohl aus Gründen der Brandmarlung wie zu schaffender proletarischer Abwehr der sozialdemokratischen Enthüllungen des deutschen Reichswehrstandals verwandt, wäre die Aufhebung jener Waffen- und Flugzeuglieferungen, mit denen nach Briands Eingeständnis Frankreich beide in China kämpfende Parteien bedacht. Schließlich könnte man noch, im Angesicht der kommenden Ab-

# Aus Nah und Fern.

## Hinter Schloß und Riegel.

SPD. Berlin, 22. Dezember.  
Der Berliner Kriminalpolizei ist es gelungen, den zweiten der Steintiner Geiseln, unter feinesgleichen „M“ genannt, zu verhaften. Brighinski hatte am 3. Dezember zusammen mit seinem Freund Otto Schulz dem Steintiner Arbeitsamt einen Besuch abgelegt, wobei ihnen 44.000 Mark in die Hände fielen. Der Haupttäter Schulz konnte bald darauf in Berlin verhaftet werden, als er gerade im vornehmen Abendanzug mit Lackshuhen vom Treppenturm auf Grund seiner Angaben wurde ein Teil der Beute, 14.000 Mark Silbergeld, das am Volkswert des Steintiner Hofens vergraben war, ausgehoben. Brighinski, ebenfalls ein gewerkschaftlicher Einbrecher, wohnte als Untermieter in der Egnarstraße in Berlin. Sein Zimmer hatte er nach dem Steintiner Versteck völlig neu einrichten und mit wertvollen Möbeln und Beschlägen ausstatten lassen. Dann veranstaltete er eine Einweihungsfeier des neu eingerichteten Heims, wobei eine Jazzbandkapelle bis in die Morgenstunden spielte. Als die Kriminalbeamten ihn auf die Spur kamen, war er bereits verschwunden. Es fanden sich lediglich mehrere neue Pelzmäntel, seidene Wäsche und eine Kassetten mit neuen Einbruchswerkzeugen. Das Schicksal hat ihn nunmehr doch erreicht; er wurde in der Seekraße von einem Beamten erkannt und festgenommen. Seinen Beuteanteil im Betrage von 21.000 Mark will er bereits verjubelt haben. Brighinski war im Oktober zusammen mit Schulz aus dem Zuchthaus in Naugard entwichen.

## Die Temperatur.

### Kältewelle aus Rußland.

In Berlin sank gestern das Thermometer von + 2 Grad in den Mittagsstunden auf - 4 Grad in den Abendstunden. Dieser Temperatursturz ist auf eine gewaltige Kältewelle zurückzuführen, die von Rußland über Deutschland herangebrochen ist. Aus Königsberg wurden gestern Abend - 14 Grad, aus Posen - 8 Grad, aus München - 9 Grad und von der Zugspitze - 19 Grad gemeldet.

## Nochwasser.

W.W. Kiel, 22. Dezember.  
Infolge des starken Nordoststurmes ist das Wasser im Kieler Hafen im Laufe der Nacht unaufrührlich gestiegen. Nach kurzem Abflauen heute früh ist wiederum eine Steigerung eingetreten, so daß der Wasserstand gegenwärtig 1,58 Meter über dem normalen Stand beträgt. Einige Quaiarbeiten sind bereits vom Wasser bespült.

Stiftungskonferenz eine Zusammenstellung der vorhandenen internationalen Stiftungsbestände und eine Erklärung jener Abstraktionsvorhaben versuchen, mit denen von kapitalistischen Regierungen ihre Ausströmungsbestrebungen umhüllt werden. Für Arbeit wäre also angelegt, und das alles ergäbe auch mit bestehenden Mitteln solch ansehnliches Material, das den einzelnen sozialistischen Parteien zur Bekämpfung des Imperialismus im eigenen Lande recht gute Dienste leisten würde.

## Zusammenschluß der Kleintalbirger.

SPD. In einem Teil der Presse wird seit einigen Tagen wieder einmal die Frage des Kleintalbergschneidens und die noch immer nicht erfolgte gesetzliche Regelung des Kleintalbergschneidens erörtert. Bis heute waren die Kleintalbergsportvereine in mehrere Organisationen und Verbände gespalten, die sich gegenseitig mehr oder weniger heftig bekämpften. Nunmehr haben sich der Reichsverband der Kleintalbergsportvereine und die deutsche Sportbehörde für Kleintalbergsport sowie der Deutsche Schützenbund zusammengeschlossen zu einer Reichsgemeinschaft des Kleintalbergsportvereins, als deren Vorsitzender der frühere preussische Minister Dominikus gewonnen wurde. Diese Reichsgemeinschaft hat sich als solche auch dem Reichsauswahlausschuß für Leibesübungen angeschlossen. Dadurch hoffen die Kleintalbergsportvereine ihre sportliche Betätigung nach außen genügend betont und unterstützen zu haben, um so einem etwaigen gesetzlichen oder behördlichen Eingriff zu entgehen. Nach wie vor aber besteht u. U. die Notwendigkeit, nicht nur das Kleintalbergschneidens, sondern überhaupt die ganze Waffenmaterie einer einheitlichen gesetzlichen Regelung zu unterziehen; denn auch der Besitz von Schusswaffen, der ja von einem polizeilichen Waffenschein abhängig gemacht ist, schreit förmlich nach einer reichsgesetzlichen Regelung.

Der 2. B. in Berlin gewährte Waffenschein besitzt in der benachbarten Kommune, die einer anderen Polizeiverwaltung untersteht, keine Gültigkeit, so daß theoretisch jemand, der von Berlin nach Brandenburg fährt und im Besitz eines Revolvers ist, sich sofort in Brandenburg bei der Polizei einen Waffenschein besorgen mußte. Die reichsgesetzliche Regelung läßt aber lange auf sich warten. Ein Entwurf eines Waffengesetzes liegt seit geräumiger Zeit dem Reichstag vor, kommt aber nicht recht vom Fleck. Infolgedessen haben sich z. B. preussische Polizeibehörden genötigt gesehen, für ihren Arbeitsbereich besondere Regelungen, vor allem für das Kleintalbergschneidens, zu erlassen.

## Die Landbundskandale in Schlessien.

L. In der letzten Zeit haben die Landbundskandale in Hirschberg und Landeshut viel Staub aufgewirbelt, da sich herausstellte, daß unsfähige Geschäftsführung, verbunden mit einem unverhältnismäßig hohem Speisetat den Zusammenbruch dieser beiden Landbundgenossenschaften herbeigeführt haben. Die Landeshuter Landwirtschaftliche Bezugs- und Abgabengenoßenschaft war bereits im August 1925 reif zur Liquidation; der Betrieb wurde jedoch auf Grund einer falschen Bilanz weitergeführt, obwohl damals schon ein Verlust von 329.000 M. feststand.

Dem Bericht über die letzte außerordentliche Generalversammlung, auf der es hoch herging, ist zu entnehmen, daß Vorstand und Aufsichtsrat - gelinde gesagt - es an der nötigen Sorgfalt eines ordentlichen Geschäftsmannes hatten fehlen lassen. Als im August des vorigen Jahres die Geschäftslage wacklig wurde, schloß man einen Vertrag mit der Reichslandbund-L.G. ab. Diese stellte jedoch später den Betrieb ein und löste sämtliche Forderungen auf, so daß 31.000 M. Beteiligungen verloren gingen. Nun steht die Genossenschaft mit der Reichslandbund-L.G. in einem zweifelhaften Prozeß. Das eingeleitete Schiedsgericht verlangt von der Genossenschaft den schwer zu führenden Nachweis des Schadens. Obendrein erhebt die Reichslandbund-L.G. eine Forderung an die Landeshuter Genossenschaft in Höhe von 53.000 M. Es wurde beschlossen, sich in diese Summe zu teilen. Trotzdem bleibt immer noch ein Fehlbetrag von 133.000 M. Die Genossenschaftsmitglieder, meist kleine Bauern, die nun für diesen Fehlbetrag haften und je rund 300 M. zu zahlen haben, waren äußerst erbittert. Sie erhoben gegen die Leitung der Genossenschaft den Vorwurf, daß sie dem Umhängreifen des Geschäftsverfalls nicht genügend entgegengetreten habe. Bezeugend für die Schlamperei des früheren Vorstandes ist die Tatsache, daß in der Wohnung des früheren Geschäftsführers 55 Kündigungsscheine von Genossen aus dem Jahre 1924 vorgefunden wurden. Auf diese Kündigungen ist vom Vorstande in keiner Weise reagiert worden, so daß auch diese Genossen jetzt zur Deckung des Fehlbetrages herangezogen werden.

M. Lübeck, 22. Dezember.  
Infolge des scharfen Nordwestwindes in der letzten Nacht stieg in den frühen Morgenstunden das Wasser der Traave um 1,28 m über den Normalstand. Gegen Mittag war die Ober-Traave an verschiedenen Stellen über die Ufer getreten. Das Hotel „Stadt Kiel“ mußte geräumt werden, da im Gastzimmer das Wasser 1/2 m hoch stand.

## Aus dem Biele eines amerikanischen Arbeiters.

In Kalifornien entließ man aus dem staatlichen Zuchthaus den Arbeiter Hermann Suhr. Dreizehn lange Jahre hatte er in den Kerker dieses verfluchten Staates verbringen müssen. Und was hatte er verbüßt? Nichts! Sein ganzes Verbrechen bestand darin, daß er Mitglied des Industrie-Arbeiter-Verbandes (I.W.A.) war und den Versuch unternommen hatte, ungefähr 2000 Männer, Frauen und Kinder zur Eringung besserer Lebensbedingungen zu organisieren.

Die in den Hopfenfarmen beschäftigte Arbeiterklasse mußte nämlich unter Suhrs Führung, fast nicht zu beschreibenden Verhältnissen ihr Leben führen. Am 3. August 1913, einem heißen Sommertage, war man in den Streik getreten. Richard Ford, Suhrs Genosse, sprach zu den Arbeitern. Blühlich erschienenen Volksgenossen. Durch deren Schickerei entstand eine Panik. Das Resultat: Vier Tote. Zwei auf Seiten der Arbeiter und zwei auf der anderen. Obwohl weder Ford noch Suhr Waffen trugen, schickte man sie dennoch auf Lebenszeit ins Zuchthaus. Warum? Nur weil man in ihnen Funktionäre des I.W.A. erblickte.

Der hat es nötig! Die Finanzverwaltung des Heiligen Stuhls hat auf Veranlassung des Papstes eine eingehende Inventur der Vermögenswerte, Einflüsse und Lasten des päpstlichen Hofstaates gemacht, um beim italienischen Finanzministerium eine Steuerermäßigung zu erreichen. Sie hatte damit Erfolg, da der bisher übliche Steuerbeitrag von 750.000 Lire pro Jahr auf 450.000 Lire herabgesetzt worden ist. Weiterhin ist noch beantragt worden, die in den letzten Jahren zweifelt gezahlten Beträge jetzt wieder zurückzufahren.

Esprachiger Fernsprechverkehr in Jerusalem. Im Fernsprechamt in Jerusalem kann eine Fernsprechverbindung in folgenden elf Sprachen verlangt werden: englisch, arabisch, hebräisch, deutsch, französisch, rumänisch, spanisch, italienisch, russisch, armenisch und arabisch. Die Beamten des Fernsprechamtes beherrschen diese Sprachen so weit, daß sie die „Normalwünsche“ des telephonierenden Publikums verstehen.

## Litauen nach dem Umsturz.

Der Ost-Express berichtet aus Kowno: Die neue litauische Regierung ist bestrebt, die durch den Staatsstreich im Auslande entstandene Beunruhigung zu beseitigen und durch ihre Organe besonders darauf hinzuwirken, daß irgendwelche radikale Veränderungen in der litauischen Außenpolitik nicht zu befürchten seien. Am meisten beschäftigt man sich mit der Stellungnahme zu Sowjetrußland, weil ja in den Tagen des Staatsstreiches wiederholt Gerüchte darüber auftraten, daß der von der gestürzten Vorkriegsregierung mit Moskau abgeschlossene Vertrag aufgehoben werden würde. Nunmehr äußert sich zu dieser Frage der Lituanen, das Organ der nationalen liberalen Partei, der die beiden prominentesten Mitglieder der neuen Regierung, Staatspräsident Smolona und Ministerpräsident Woldeparas, angehören. Dieses Blatt gibt der Meinung Ausdruck, daß in Litauen allen bolschewistisch-kommunistischen Tendenzen mit größter Schärfe entgegengetreten werden müsse. In seinen auswärtigen Beziehungen brauche sich aber Litauen dadurch nicht beeinflussen zu lassen und könne mit der Sowjetunion Verträge abschließen und gute Beziehungen pflegen. Ob diese verhängnisvollen Ausstellungen in dem durch den Staatsstreich stark beunruhigten Moskau einen entsprechenden freundlichen Widerhall gefunden haben, ist noch nicht bekannt.

Die litauische Presse weist wiederholt darauf hin, daß die Alarmnachrichten über angeblich in Litauen drohende innere Wirren sämtlich auf polnische Quellen zurückzuführen sind und keinen Glauben verdienen.

Der Führer der linksgerichteten Volkspartei, der zusammen mit den Sozialdemokraten die Opposition bildet, erklärte, die Partei werde wieder an den Sitzungen des Sejm teilnehmen, sie behalte sich jedoch vollständige Handlungsfreiheit vor und mache ihre Taktik von dem Inhalt der Regierungserklärung abhängig. Die Partei lehne die Entseftung innerer Kämpfe ab.

Der litauische Gesandte in Berlin, der während des Umsturzes in Kowno weilte, erklärte einem Vertreter des Berliner Tageblattes, daß die Beziehungen zu Deutschland durch die Veränderung nur verbessert werden könne, weil die persönliche Einstellung der führenden Männer einem engeren Zusammenarbeiten nur günstig sei. Den Remissländern gegenüber werde die Regierung sich bemühen, zur Verständigung zu gelangen, schon im Interesse des Zusammengehens mit Deutschland. Die Regierung werde den Autonomieforderungen entgegenkommen und das Remissstatut genau beachten.

## Verstärkte russisch-polnische Spannung.

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat der litauische Umsturz eine Spannung der russisch-polnischen Beziehungen hervorgerufen. Die Sowjetregierung vertritt nach wie vor den Standpunkt, daß der litauische Putsch vom polnischen Generalstab unterstützt worden sei. Eine Besserung in den russisch-polnischen Beziehungen könne erst dann eintreten, wenn die polnische Regierung Gegenverschlüsse für den Abschluß eines Garantievertrages mit Rußland gemacht habe. Die Verhandlungen werden voraussichtlich erst nach der Rückkehr Litwinskiens beginnen.

## Blutige Zusammenstöße im galizischen Petroleumgebiet.

In Dwinia im galizischen Petroleumgebiet kam es am Dienstag zu blutigen Zusammenstößen zwischen der Polizei und ausgesperrten Arbeitern. Drei Arbeiter wurden dabei getötet, über zehn schwer verletzt und mehr als zwanzig leicht verwundet. Auch einige Polizeibeamte sollen verwundet worden sein. Es handelt sich um 150 Arbeiter einer Erdwachsgrube, die vom Unternehmer kurzerhand entlassen worden waren, als sie eine Lohnerhöhung verlangten. Der Unternehmer schloß für kurze Zeit seinen Betrieb und eröffnete ihn dann wieder mit neu eingestelltem Personal. Jede Verhandlung mit den entlassenen Arbeitern wurde vom Unternehmer abgelehnt. Da sich die Arbeiter daraufhin vor der Fabrik versammelten, wurde die Polizei aufgeboten. Als die empörten Arbeiter der Aufforderung auszuweichen, nicht nachgaben, ließ der Führer der Polizei von der Schutztruppe Gebrauch machen und mehrere Salven in die Menge abgeben.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:  
Johannes Rechen in Leipzig  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Hugo Sepphard in Leipzig  
Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft Leipzig

Diese Nummer umfasst 12 Seiten.

**Neues Theater.**  
 Sonntag, den 21. Dezember 1920  
 20. Jahresfeier...  
**Die Kürbnerer Ruppe**  
 Komische Oper in einem Akt von W. Luben und  
 K. B. Schumann...  
 In Szene gesetzt von Dr. Fritz Seel  
 Besetzung: Gernold, Medantler und Spiel-  
 theater...  
**Hänfel und Gretel.**  
 Märchenoper in drei Akten von Richard Wetz  
 Musik von Engelbert Humperdinck.  
 In Szene gesetzt von Fritz Seelmann  
 Besetzung: Peter, Helene, Gretel, Hans, Gretel,  
 Orest, Herr Hinder, Frau Jungfer, Bäcker,  
 o. N. M. Schultze, Die Anstreicher, (Joh. Hähnel, Bau-  
 mann u. H. Hähnel)  
 1. Bild: Tobem - 2. Bild: Das Walde - 3. Bild:  
 Das Anstreicherhäuschen  
 Einmal 8. Uhr - 10. Uhr - 12. Uhr  
 Preise der Plätze in Pf. bis 15 Pf.  
 Sonntag, den 20. Dezember keine Vorstellung

**Barberina-Pavillon Mascotte**  
 die vornehme Vergnügungsstätte  
 eröffnet am 1. Weihnachtsfeiertag, nachmittags 4 Uhr  
 Windmühlenstraße 14-16 Fernruf 235 44

**Altes Theater.**  
 Sonntag, den 20. Dezember 1920  
 20. Jahresfeier...  
**Schauspielhaus.**  
 Sonntag, den 20. Dezember 1920, abends 7 1/2 Uhr  
 1. Bild: Tobem - 2. Bild: Das Walde - 3. Bild:  
 Das Anstreicherhäuschen  
**Das neuentwickelte Sternlein**  
 Märchenoper in 5 Akten von Anna Heide-Rudin  
 Musik von Hans Kretzmann  
 In Szene gesetzt von Bernhard Zellert  
 Besetzung: Peter, Helene, Gretel, Hans, Gretel,  
 Orest, Herr Hinder, Frau Jungfer, Bäcker,  
 o. N. M. Schultze, Die Anstreicher, (Joh. Hähnel, Bau-  
 mann u. H. Hähnel)  
 1. Bild: Tobem - 2. Bild: Das Walde - 3. Bild:  
 Das Anstreicherhäuschen  
 Einmal 8. Uhr - 10. Uhr - 12. Uhr  
 Preise der Plätze in Pf. bis 15 Pf.  
 Sonntag, den 20. Dezember keine Vorstellung

Verlangen Sie bitte in den einschlägigen Geschäften  
**Birschi-Sahne- u. -Mokka-Sahne-**  
**Schokolade**  
 Qualität und Preis werden Ihren Beifall finden.  
**Martin Birschi, Schokoladefabrik, Windmühlenstraße 46**  
 In der Fabrik Windmühlenstraße 46 Verkauf von Bruchschokolade.  
 Heute Sahne- und Mokka-Sahne 1/4 Pfund 38 Pf.

**Thomaskirche**  
 Donnerstag, den 23. Dezember 1920  
 abends 8 Uhr  
**Weihnachtskonzert**  
 des Thomanerchors  
 Vorgelesen werden:  
 Alte u. neue Weihnachtslieder  
 Karten zu 1.- und 2.- Mk. bei  
 Klamm Jost, im Meißner und am  
 Konzertabend in der Küsterei der  
 Thomaskirche

Unsere  
**Weihnachtsnummer**  
 liegt drei Tage auf!  
 Inserate finden daher größte Beachtung. Um eine  
 wirkungsvolle Ausgestaltung zu gewährleisten,  
 bitten wir um Übermittlung der Manuskripte bis  
 spätestens Freitag früh 9 Uhr  
 Nach dieser Zeit können Inserate nicht mehr  
 entgegengenommen werden  
**LEIPZIGER VOLKSZEITUNG**  
 ABTEILUNG INSERATE  
 TELEPHON 72206

**MÜCKE KAFFEE**  
  
**WILLY MÜCKE LEIPZIG**  
 Kreuzstraße 19, Ecke Lange Str.  
**Theater Battenberg**  
 Anfang 8 Uhr. Tel. 276 29.  
 Gastspiel Georg Dörries  
 „Der Weg zur Schande“  
 Morgen, Heiligenabend: Geschlossen  
**Grüne Schänke** Freitag Ball.  
**Stadt Lützen** Sonntag Ball

**Allgemeines Arbeiter-**  
**Bildungs-Institut.**  
**Märchennachmittag für Kin-**  
**der.** Sonntag, den 20. Dezember,  
 nachmittags 3 Uhr im Städtischen Kauf-  
 haus, Längs. Chöre, Film. Erwachsene  
 50 Pf., Kinder 30 Pf. Karten sind  
 nur an der Kasse zu haben.  
**Tanzabend** Sonntag, den 20. De-  
 zember, abends 8 Uhr, im Städtischen  
 Kaufhaus, Ursula F. K., Anrecht,  
 1 Mt. Nichtanzähler 1.50 Mt.  
**Silvester-Konzert.** Freitag, den  
 31. Dezember, nachts 11 Uhr, in der  
 Albertshalle. Dirigent: Wilhelm Furt-  
 wängler, das Gewandhaus-Orchester.  
 Anrecht 8 Mt., Nichtanzähler 5 Mt.  
 Galerie 1 Mt.

**Auf Teilzahlung**  
 Unser Weihnachts-Angebot  
 Seal-Plüschmäntel  
 Damen- u. Herren-Mäntel  
 Pelzmäntel und -Jacken  
 Maulwurf- und Sealschals  
 Füchse und Wölfe  
 Kleider - Blusen - Röcke  
 Strickjacken usw.  
 Komplette  
 Wäsche-Ausstattungen  
 Gardinen - Wandschoner  
 Chaiselonguedecken  
 Bettvorleger  
 Teppiche - Brücken  
 Federn - Steppdecken

**Möbel**  
 Stand- und Wanduhren  
 Korbmöbel  
 Bilder - Flurgarderoben  
 Sofas - Chaiselongues  
 Holz- und Eisenbetten  
 Küchen-, Schlaf-, Speise-  
 HerrensZimmer  
 und alle kleinen Möbel  
 in reicher Auswahl  
**Glasberg & Co.**  
 Leipzig, Mainstraße 3, II  
 Telefon 146 78

**Jamaika-Rum-Verschnitt, 40%** 3.60 2.00  
**Jamaika-Rum-Verschnitt, 45%** 4.00 2.20  
**Kognak-Verschnitt, 39%** 2.70 1.60  
**Rotwein-Punsch** 3.80 2.10  
**Glühwürmchen, Allasch, Ing-**  
**wer, Curaçao, Pfefferminz** 3.40 1.85  
**Doppelkummel** 2.95 1.50  
**Obstweine von Röhla, Weißweine**  
**Rotweine, Südweine, Sekt.**  
 Bitte beachten Sie meine Fenster.  
**Zigarren-Spezialgeschäft**  
**Robert Seidel, L.-Kleinschocher**  
 Dieskaustraße 65, gegenüb. dem alten Friedhof  
 Telefon 410 65

**VARIETE BATTENBERG**  
 Täglich 8 Uhr - Tel. 137 70  
 Direktion: A. Riebner  
**Battenberg-Sänger**  
 Das neue Programm  
 und 2 neue Komödien  
 „Weihnachtswald“  
 und „Försterhaus“  
 Vorher:  
 „Mißverständnisse“

**Volkshaus - Fleischerei**  
 Jeden Tag in Qualität  
 frische hausgeschlachtene Würst  
 Verkauf auch über die Straße  
**Ja Tausatz**  
 sentnerweise, liefert billigt frei Haus  
 Leipzig und ab Lager  
**Paul Probst, Dessauer Str. 18.**  
 Telefon 235 46.

**100 Rasierklippen**  
 5.80 Mk. franko  
 Nichtgezollt \*  
 Geld zurück.  
 Fa. v. Münchhausen  
 Wesermünde-Lohe

**Zigarren, Zigaretten u.**  
**Tabak nur bester Qualität**  
 empfiehlt für den Weihnachtsfest  
**Herm. Wallrodt, L.-Löbzig**  
**Bornatsche Straße 107**  
 Günstige Bezugsquelle für Wiederverkäufer \*

Petersstr.  
 17  
**Friedrich Grodzinski**  
**Auf Kredit!**  
 Mod. Kleidung  
 Solide Möbel  
 Schuhe, Peize  
 Modernste Neuheiten  
 Gute Qualitäten  
**Auf Kredit!**  
**Friedrich Grodzinski**  
 Petersstraße  
 17

**Weinkellerei Volkshaus**  
 Leipzig, Seitzer Straße 32  
 bietet Gewerkschafts- und Parteigenossen  
 Gelegenheit, für das Weihnachtsfest eine  
 billige und doch gute Flasche Wein kaufen  
 zu können  
**Warum können wir gute und?**  
**sehr preiswerte Weine liefern?**  
 Wir haben in Bingen a. Rh., in Gunters-  
 blum (Rheinheffen) und in Kreuznach an  
 der Nahe eigene Keltereien  
 In den übrigen Weinbaugebieten kaufen  
 wir direkt beim Winzer  
 Weiningerbestand weit über 300 000 Liter

**Fein - Fisch -**  
**Delikatessen**  
 in der beliebten 2-Pfund- 95 Pfg.  
 Packung . . . . Dose  
**das billigste und schönste**  
**Weihnachtsgeschenk**  
 Weihnachts-Aale  
 Oelsardinen / Lebende Karpfen  
 Mayonnaisen-Salat . . . . Pfund 70 Pfg.  
 Schotten-Heringe z. Salat 10 Stück 75 Pfg.  
**C. Walter Baumann**  
 Fischhandlung  
 Wurzner Str. 2a (Grüne Schänke) Tel. 60721

**Weihnachtseinkäufe**  
 müssen Sie **jetzt** decken.  
**Waren-Kredit-Haus**  
**Gebr. Krauthammer**  
 Katharinenstraße 13, I  
 liefert Ihnen  
 gegen sehr bequeme Teilzahlung  
 Möbel-Ausstattungen, Einzeilmöbel,  
 Reformbetten, Matratzen, Chaiselongues,  
 Bilder und Uhren.  
 Sämtliche Textilwaren, Damen- und  
 Herren-Wäsche, Gardinen, Teppiche,  
 Chaiselonguedecken, Linoleum-Teppiche  
 Damen-, Herren- und Kindergarderobe  
 sowie alle Pelzkonfektion.  
**Mit den Teilzahlungen können**  
**Sie nach Weihnachten beginnen**  
 Kredit auch nach auswärts

**1/2 u. Pfennig-Stat**  
 (vom Doppelkopf- u. Strohmännchen)  
 jeden Tag von 2 Uhr Anschlag  
**Läubners Gastwirtschaft**  
 Granfurter Straße 35.

**Telephonisch**  
 können Inserate nicht  
 angenommen werden  
 Geboten der Leipz  
 Volkszeitung.

### Eine Geschichte der deutschen Sozialdemokratie.

Für junge und alte Mitglieder der Partei.

**Richard Lipinski:** Die Sozialdemokratie von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. Eine gedrängte Darstellung für Funktionäre und Lernende. Erster Band. Die Jugendzeit der sozialistischen Bewegung in Deutschland bis zur Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands 1875 in Gotha, Verlag J. S. W. Diez Nachf., Berlin. 258 Seiten. Für Mitglieder der Partei broschiert 1 Mark, in Leinen gebunden 1.50 Mark.

Die Parteischule wurde noch nicht wieder ins Leben zurückgerufen, und doch ist Bildungsarbeit so bitter notwendig. Die Alten sterben weg, die Jungen aber sind mit allerlei anderer Beschäftigung überhäuft. Was früher hinter den Büchern lag, tritt heute auf den Sportplätzen in Aktion. Und wer diese Ablenkung vor seinem Gewissen nicht voll zu verantworten vermag, erkauft sie teuer, daß er sich keine Bücher kaufen könne. Dilemma ist die Parteivorbereitung, die die Diez-Verlag entgegenzusetzen. Für den Spottpreis von 1 Mark liefert er eine vom Genossen Lipinski geschriebene Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie.

Aber die Geschichte der sozialistischen Bewegung und insbesondere der Deutschen Sozialdemokratie gibt es bereits umfangreiche Bibliotheken. Was aber auch geschaffen wurde, die vierbändige Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie, die Franz Mehring zum Verfasser hat, ist und bleibt ein Standardwerk der deutschen Literatur schlechthin. Es sollte nur an Sonntagvormittagen gelesen werden, weil sich nur dann die sprachlichen Schönheiten dieser Bücher recht offenbaren. Jedoch gerade dieses Hauptwerk für die sozialistische Bewegung der gesamten Internationale ist zur Zeit begriffen und infolge des hohen Preises ist die weitläufige Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie nur wenigen Begünstigten zugänglich gewesen. Sie ist überdies bereits vor Jahrzehnten geschrieben worden. Der Verfasser wurde längst zu den Vätern zurückgerufen, und inzwischen sind die Quellen in ausgedehntem Maße erschlossen worden. Wir erinnern an den vierbändigen Briefwechsel Bebel mit Marx und Engels, an die zwei von Klinsch gesammelten Aufsatzbände, an den umfangreichen Briefwechsel Ferdinand Lassalle, den Gustav Mayer erschlossen hat. Der gleiche Verfasser hat sich um die Jugendgeschichte Friedrich Engels besonders verdient gemacht, wir denken an Dr. Max Waack, und zuletzt, um nur wenigstens herauszugreifen, wurden vom Marx-Institut in Moskau so umfangreiche Vorbereitungen geleistet, daß der neue Mehring noch fehlt, um all dies zu einheitlichem Gange zusammenzufassen.

Das Geschichtswerk des Genossen Lipinski versucht diese neuen Quellen auszunutzen. Freilich nur insoweit, als das die 258 Seiten gestatten, die ihm zur Verfügung standen. Franz Mehring hat für diese Epoche mehr als 1200 Oktavseiten für erstredlich erachtet. Und der Literaturnachweis, den Lipinski folgen läßt, ist nichts anderes als der Hinweis auf die allernotwendigsten Quellen. Erleuchteterweise hat der Diez-Verlag zwei weitere Seiten mit einschlägiger Literatur angehängt, so daß der Nachweis des Genossen Lipinski wenigstens in etwas vervollständigt wird.

Der Verfasser dieser neuen Schrift war bestrbt, bisher unentdecktes Material zu heben. Die Archive aller in Frage kommenden Länder und Städte sind bisher beinahe unausgeschöpft, und zweifellos werden die Alten, wie auch die über die Epochen, die ja überall in Halle und Pölitz vorhanden sind, mancherlei Aufschlüsse über bisher unbekanntes Dinge bringen können.

Das Buch des Genossen Lipinski verfaßt, ohne daß das aus dem Inhaltverzeichniss zu erkennen ist, steht in zwei Teile. Wir trennen die Kapitel bis zum kommunistischen Manifest von allen anderen, die mit der Revolution von 1848 beginnen. Gewiß ist es ein beinahe unmögliches Verlangen, die Vorgeschichte der sozialistischen Bewegung auf 68 Seiten zusammenzubringen. Dies um so weniger, als dies gleichzeitig die schwierigsten sind, weil darin die Wurzeln, die nach der deutschen Philosophie führen, im eigenen aufgezeigt werden müssen. Wenn daher der völlig unvorbereitete Leser aus diesen Phasen der Entwicklungsgeschichte Früchte tragen will, dann ist die elementarste Voraussetzung dazu völlige Klarheit der Darstellung und ein Aufbau mit allen Sätzen der Pädagogik. Wir glauben, daß dies dem Genossen Lipinski für den zweiten Teil seiner Geschichte weitaus besser gelungen ist, als für die erste Gruppe der Kapitel. Wir würden daher jedem Leser der Lipinski'schen Schrift dringend anheimstellen, zum mindesten die Deutsche Geschichte Franz Mehring's \*) als ergänzenden Leitfaden zur Hand zu nehmen. Wie bekannt, sind in der Schrift jene Gedanken wiedergegeben, die Franz Mehring bereits auf der Parteischule zum Vortrag brachte.

Ein besonders bedauerlicher Mangel an dem Buche Lipinskis ist wohl auf den Druckfehlerhaufen zurückzuführen. Auch dies gilt insbesondere für den oben genannten ersten Teil. Die Druckfehler sind die Schmerzstacheln der Publizisten und auch unsere Leser wissen über Druckfehler so manches Klagenwort zu sagen. Erleuchteterweise werden sie in bürgerlichen Verlagen stärker ausgeläutert, und es ist anzunehmen, daß diese Gepflogenheit über kurz oder lang auch in den sozialistischen Unternehmungen Platz greifen wird. Was sich da aber die Vorwärts-Druckerei geleistet hat, übertrifft eigentlich alles, was man billigerweise erwarten dürfte. Im Literaturnachweis Lipinskis findet man Gustav Mayer, den in der sozialistischen Literatur so oft genannten Herausgeber der Lassallebriefe mit „en“ geschrieben. Zwei Seiten weiter, in dem Buchverzeichniss des Diez-Verlages, fehlt er richtig mit „an“ wieder. Aus dem Verfasser der kleinen Vulkanbiographie Steffow, die im Diez-Verlag erschienen ist, wurde Steffow gemacht. Schließlich mühten auch die Korrektoren der Vorwärts-Druckerei wissen, daß die soviel gezeigten „Befreiungskriege“ im Jahre 1818 nicht 15 stattgefunden haben. Gutsoj wird in einem Absatz zweimal richtig und einmal falsch geschrieben. Dergleichen Bemern, der in einem anderen Kapitel als Barmen wiederholt. Aus Schöpfel wurde Schöfel gemacht. Und das ist nur eine Willkür aus alledem, was sich der Druckfehlerhaufen mit einiger Unterstützung der Setzer und Korrektoren geleistet hat.

Das müht bei einer neuen Ausgabe überarbeitet werden. Gleichzeitig aber wohl auch der gesamte erste Teil. Wir können uns nicht gut denken, daß der Arbeiterleser daraus rechten Gewinn zu ziehen vermag. Genosse Lipinski seiht an Einzelstellen den utopischen Sozialismus dem proletarischen Sozialismus gegenüber. Das sind die so oft unrichtigen Gegenätze in der Entwicklungsgeschichte zum wissenschaftlichen Sozialismus. In einem weiteren Kapitel wird der „philosophische Sozialismus“ als besondere Abart konstituiert. In diesem Zusammenhang wird auch vom „kommunistischen Sozialismus“ gesprochen. Der Kenner der Dinge weiß, was Genosse Lipinski sagen will. Aber eben weil dieses gedrängte Geschichtswerk dem Unbefangenen Führer sein soll, deswegen ist es erforderlich, die Begriffe haarsträubend auseinanderzusetzen. Genosse Lipinski sagt in seiner Einleitung mit Recht, daß Kommunismus und Sozialismus das gleiche sei, daß aber der Begriff „Sozialismus“ in der Zeit von Engels und Marx etwas ganz anderes war. Im Gegensatz zu dem, was beide damals als Kommunismus bezeichneten. Der Sozialismus war eine durchaus selbständige Angelegenheit, während sich der „Kommunismus“ dieser Zeit und damit der wissenschaftliche Sozialismus auf das Proletariat, oder die Unterdrückten schlechthin, stützte. Diese Begriffe müssen strengstens auseinandergehalten

\*) Franz Mehring: Deutsche Geschichte vom Ausgange des Mittelalters. Ein Leitfaden für Lehrende und Lernende. J. S. W. Diez Nachf., Berlin. Preis 3 Mark.

werden, weil sonst die kommunistischen Bewegungen seit dem Beginn des früheren Mittelalters völlig unverständlich blieben. Wir bitten den Genossen Lipinski, einmal aufmerksam das Kapitel über Georg Büchner nachzulesen. Der Kenner der Dinge findet sich ohne weiteres zurecht. Wer aber derartige Seiten in der Geschichte des Sozialismus zum erstenmal berührt, wird annehmen, daß der Heilige Volksbote ein Werk Weidigs gewesen sei. Erst am Schluß dieses Kapitels ist der Name Büchner überhaupt zu finden. Vorher wird keine Person seitlich mit Würdigen aller Art angeführt. An anderen Stellen ist Genosse Lipinski bestrebt, die oft unermesslichen Fremdwörter zu verdeutschen. Er schreibt von „Anthropologie“ als der Naturlehre des Menschen. Der ungeliebte Leser derartiger Schriften wird wahrlich schon vorher an dem Worte „metaphysisch“ reiflos scheitern. Auch sonst wird oftmals auf Personen und Vorgänge Bezug genommen, die dem Leser erst im weiteren Verlauf der Schrift verdeutlicht werden.

Das alles soll dem verdienstvollen Werk des Genossen Lipinski keinen Eintrag tun. Wir lassen uns von dem Gesichtspunkte leiten, daß dem Arbeiter gerade das Beste gut genug sein muß, und daß darum solche für Bildungszwecke geschriebene Werke auch in der Kritik kollektivarbeit der Gesamtpartei sein sollten. Von diesen Gesichtspunkten aus bitten wir, die vorstehenden Zeilen zu würdigen. Daraus ergibt sich schon von selbst, daß der zweite Teil des Buches bei weitem weniger angefochten werden kann. Er ist überdies sehr flüssig geschrieben und gibt eine gedrängte Zusammenfassung der in Frage kommenden Kapitel der deutschen Arbeiterbewegung, wie sie bisher nicht vorhanden war. Trotz unserer kritischen Einschränkungen empfehlen wir die Schrift des Genossen Lipinski aufs beste. Leider ist ihre Publikation erst sehr spät erfolgt. Wir wünschen aber, daß sie noch für manchen Weihnachtsabend recht kommen möge.

## Der letzte Seufzer.

### Schlussitzung des alten Stadtverordnetenkollegiums.

Nachmals die Grund- und Gewerbesteuer.

Vor der letzten Sitzung des alten Stadtverordnetenkollegiums fand noch eine gemeinschaftliche Sitzung der Stadtverordneten und des Rates wegen des Einigungsverfahrens über den Zuschlag zur Grund- und Gewerbesteuer statt. Der Einigungsausschuss empfiehlt, den städtischen Zuschlag auf 150 Prozent festzusetzen. Die bürgerliche Stadtverordnetenmehrheit hatte beknüpelt, nur einen Zuschlag von 100 Prozent beschließen, während der Rat 150 Prozent anforderte. Der Stadtverordnete Ritzsche erklärte für die wirtschaftspolitische Fraktion, daß sie die Erhöhung des Zuschlags auf 150 Prozent ablehne, weil sie die Verantwortung nicht übernehmen könne, daß Handel, Industrie und Gewerbe noch mehr belastet werde. Der Kommunist Lieberach kritisiert die Reichsteuerepolitik, tritt für die Befreiigung des Zuschlagsrechts der Gemeinden ein und produziert sich im übrigen als Finanzfachverständiger im Weltmaßstab.

Genosse Friesner betont, es sei auf die Dauer untragbar, daß das Reich den Gemeinden neue Aufgaben zuweise, ohne für die nötigen Einnahmen zu sorgen. Der Rat solle beim Deutschen Städtetag und auch sonst seinen ganzen Einfluß geltend machen, daß durch den Finanzausgleich den Gemeinden entgegengesetzter in der Lage, Steuern zu bewilligen, die nicht annehmbar sind. Unter den Steuerlasten würde nicht bloß die Wirtschaft, sondern auch die Arbeiter und Angestellten, die nicht die Möglichkeit haben, die Steuern wie die Wirtschaft abzumäßen. Es gäbe Fabrikbetriebe, die gegenüber der alten Regelung sehr nur noch den dritten Teil der Gewerbesteuer zahlen. Genosse Friesner weist auf das Defizit von 6 bis 8 Millionen Mark hin, das infolge von Steuererlässen im Gemeindehaushalt entstehe und erklärt, daß die sozialdemokratische Fraktion für 150 Prozent Zuschlag zur Grund- und Gewerbesteuer stimmen werde.

Der Beschluß des Einigungsausschusses wird von dem Stadtverordnetenkollegium mit 40 gegen 18 Stimmen abgelehnt, vom Rat mit 16 gegen 10 Stimmen angenommen. Das Einigungsverfahren ist also gescheitert und die Erhöhung des Zuschlags zur Grund- und Gewerbesteuer auf 150 Prozent abgelehnt.

Der Rat läßt die Fürsorgeempfänger warten.

Das Stadtverordnetenkollegium hat in einer der letzten Sitzungen entgegen der Ablehnung durch den Rat erneut beschließen, den Fürsorgeempfängern als Beihilfe den doppelten Unterhaltungsatz vor Weihnachten auszusuchen. Vor Eintritt in die Tagesordnung der gestrigen Stadtverordnetenversammlung wurde der Rat gefragt, ob die Beihilfe noch vor Weihnachten ausgekehrt werde. Unser Genosse Frenz stellte fest, daß der Rat es nicht für notwendig gehalten habe, zu der Beihilfe für die Fürsorgeempfänger Stellung zu nehmen, obwohl das Kollegium schon zweimalig Beschluß gefaßt hat. Der Bürgermeister Hofmann erklärte, der Rat hätte noch nicht zusammengetreten werden können, deshalb könne er keine Erklärung abgeben. Bürgermeister Kubisch hob die Schuld der Verzögerung auf die Beschlüsse des Reichstags. Es würden 14 Tage gebraucht, um die Beschlüsse des Reichstags durchzuführen. Genosse Frenz betont mit Recht, daß der Rat hätte beschließen können, den Fürsorgeempfängern, die nicht unter die Beschlüsse des Reichstags fallen, die Unterstüttung auszuschlagen.

Während der Aussprache rief ein Tribünenbesucher wiederholt, daß die Fürsorgeempfänger Hunger hätten; eine Mahnung an den Rat, die Vornamen der Armen wegen einiger Mark Sonderunterstützung nicht so lange warten zu lassen. Der Ratschimmel mag also schleunigt in Trab gesetzt werden.

Festsetzung des Erbbauzinses.

Der Rat hatte in einer Rückführung die Stadtverordneten gebeten, den Beschluß über die Festsetzung des Erbbauzinses aufzuheben und die bisherigen Grundzinsen beizubehalten. Die Ausschüsse beantragten, den Beschluß aufzuheben und zu beschließen, den Erbbauzins künftig so festzusetzen, daß sich unter Stafelung auf 4, 5 und 6 Prozent ein Durchschnittsatz von 5 Prozent für die ganze Vertragsdauer ergibt. Genosse Krenzberg beantragt, den Antrag der Ausschüsse dahin abzuändern, daß im ersten Drittel der Vertragsdauer 4 Prozent und in den zwei Dritteln der Vertragsdauer 5 Prozent festgelegt werden.

Der Antrag der Ausschüsse wurde mit der sozialdemokratischen Änderung gegen die Wirtschaftspolitischen und Demokraten angenommen.

Das Ritterhöfchen.

Dann fanden die ungeschwerlichen Vorkommnisse bei der Fertigstellung des so lang und so heftig unstrittenen Ritterhöfchens ihre parlamentarische Erledigung. Baumeister Scheibler vermeldete als Berichterstatter der Mehrheit den Standpunkt des Rates.

Genosse Johnson gab den Bericht für die Minderheit. Er stellte fest, daß der vom Hochbauamt vorgelegte Kostenplan mit 165 000 Mark um rund 50 000 Mark, also um 33½ Prozent überschritten worden sei. Der Bauauschuss habe schon verschiedentlich die hohen Aufwendungen bemängelt, die für die Wohnung Ritter gemacht wurden. Für das ganze Gebäude seien bei 8840 Kubikmeter umbauten Raums 37.80 Mark auf den Kubikmeter entfallen. Bei einem Durchschnittsbedarf von 1.85 Mark ergäbe sich ein Vorkriegspreis von 19 Mark. Für die elektrische Installation seien 9347 Mark, für die Zentralheizungsanlage 12 816 Mark, außerdem für Ofen, Röhren usw. 4500 Mark aufgewendet worden. Bei Vorhandensein einer Heizungsanlage sei der Einbau von Zimmeröfen durchaus überflüssig. Des weiteren bemängelte Genosse John, daß auch die

Verhaltung von Einheiten mit über 600 Mark, sowie die Verhaltung an den Hausmann mit über 100 Mark in die Baustufen aufgeführt worden seien.

Im Ausschuss seien die Nachforderungen mit Lohnerhöhungen begründet worden. Demgegenüber habe die Minderheit den Standpunkt vertreten, daß die besondere Ausstattung des Erdgeschosses auf besondere Wünsche des Stadtbauamts Ritter zurückzuführen sei. Zu alledem kam, daß dem Ausschuss berichtet wurde, ein wichtiger Zufuß des bewandten Privatarchitekten befände sich nicht bei den Akten. Später stellte sich heraus, daß zwar nicht der Brief, wohl aber

eine Aufstellung fehle, die die besonderen Wünsche des Stadtbauamts Ritter hinsichtlich der Ausstattung seiner Wohnung enthält. Diese Aufstellung sei einfaß zurückgeschickt worden, um sie nicht zu den Akten nehmen zu müssen.

Er habe daher den Antrag zu empfehlen.

Das Stadtverordnetenkollegium sprach über die Aktienfützung des Hochbauamts in Sachen des Neubaus Rittersstraße 18 wegen der Nichtannahme eines Briefes des bauleitenden Architekten sein Bestreben aus und erachtet den Rat, dem Hochbauamt einwandfreie Aktienfützung zur Pflicht zu machen.

Genosse Krenzberg betont mit besonderem Nachdruck, daß der Kostenplan, der die Gesamtbauausgabe auf 165 000 Mark ansetzt, vom Hochbauamt selber stammt und es sei unerfindlich, wie man behaupten könne, daß die Nachforderungen für den Bau einfach durch Lohnerhöhungen entstanden seien, da einwandfrei festgestellt sei, daß besondere Wünsche Ritters den Bau verteuerten. Soweit die Kosten für die Erhöhung der Kosten ergebe, hätte Ritter sie auch zu tragen. Im anderen Falle mühte man die Frage aufzuwerfen, wer die Kosten in Stöckelwohnungen tragen soll, wenn z. B. Bewohner hinsichtlich der Lichtanlagen usw. besondere Wünsche haben. In solchen Fällen habe der Rat die Kosten rückwärts von den Mietern eingefordert. Beim Bau Rittersstraße dagegen bewilligt er einstandslos. Hinsichtlich der Aktienfützung sei es notwendig, daß der Rat einmal die Zustände im Hochbauamt gründlich unter die Lupe nimmt.

Schneider (Komm.) wendet sich ebenfalls in längeren Ausführungen gegen die Ratsvorlage und beantragt zu beschließen, die Werte für das Grundstück Rittersstraße 18 auf 15 Mark pro Quadratmeter festzusetzen.

Vorsteher Juno wendet sich gegen den Antrag der Minderheit, soweit er vom Rate verlangt, dem Hochbauamt einwandfreie Aktienfützung zur Pflicht zu machen. Es habe sich herausgestellt, daß die Aktienfützung durchaus einwandfrei sei. Der Brief habe überhaupt nicht gefehlt, die Rückgabe der Aufstellung sei aktenkundig gemacht worden.

Genosse Hübler entgegnet, man könne über den Inhalt der Ratsvorlage kaum verschiedene Meinungen sein. Die Aufstellung sei persönlich dem Hochbauamt überreicht, aber nicht in die Akten eingeschickt und die Rückgabe mit der Bemerkung moltoziert worden, das Hochbauamt habe sie nicht verlangt. Redner wäre sehr glücklich, wenn er in seiner Praxis alles zurückgeben könne, was ihm für die Aufnahme in die Akten nicht gefällt.

In der Aufstellung seien diejenigen Kosten zusammengestellt, die von Mietern zu tragen waren. Das sei eine Tatsache, die unmitttelbar den Streit berührt, mit dem sich der Ausschuss befaßte. Es seien schon einmal Akten unkeulich gemacht worden, und dasmals habe das Kollegium sich dahin ausgesprochen, daß so etwas nicht gebildet werden darf. Es handle deshalb heute nur richtig, wenn es den unstrittenen Antrag annehme.

Oberbürgermeister Dr. Köhler tritt der Auffassung des Genossen Hübler gegenüber. Der Brief habe sich tatsächlich dauernd bei den Akten befunden; damit ist der Antrag erledigt. Es sei auch falsch, anzunehmen, daß die Aufstellung irgendwelches enthalte, was dem Rate unangenehm gewesen wäre. Heute ist die gestrige Nachforderung zum Bau zur Debatte. Redner habe nicht gefürchtet, daß hierzu irgendwelches bemängelt werden könnte. Es habe niemand behauptet, daß der errechnete Friedenspreis von 19 Mark pro Quadratmeter zu hoch sei.

Lieberach (Komm.) bekämpft die Auffassung, daß die Aktienfützung einwandfrei war. Er verwirft auf die früheren Vorkommnisse bei der Städtischen Baugesellschaft, bei denen durch Aktienfützung die Baugesellschaft auf schwerste geschädigt wurde. Da müsse Treu und Glauben aufhören. Schneider (WpB.) behauptet, in das Ritterhöfchen sei nicht über Gebühr hineingebaut worden.

Dr. Herz (Dem.) lehnt den Schlußsatz des Antrags in der vorliegenden Formulierung ab.

Genosse Hübler ändert den Antrag, um den Verteidigern der Vorlage jeden Vorwand zu nehmen, dahin um, an Stelle der Worte „wegen Nichtannahme eines Briefes“ zu setzen „wegen Nichtannahme einer Aufstellung“.

Nach den Schlussworten der Berichterstatter erfolgt die Abstimmung. Der erste Teil des Antrags wird mit den Stimmen der Demokraten, der zweite Teil gegen die Stimmen der Demokraten, aber mit einigen Stimmen der Wirtschaftspolitischen Beteiligung angenommen.

Herabsetzung der Kraftstrompreise.

Der Rat hat in einer Vorlage die Herabsetzung der Preise für Kraftstrom vorgeschlagen. Die vorhandenen Anlagen werden bei weitem nicht zum vollen Ausnuitz, obwohl zu den Hauptzeiten der Stromabnahme ganz gewaltige Spitzenleistungen zu verzeichnen sind. Um für die bisher abnahmearmeren Tages- und Nachtzeiten zu größerer Wnnahme anzureizen, sollen Großabnehmer außerhalb gewisser Sperrzeiten Preisvergünstigungen erhalten. Außerdem auch alle, die in der Nachtzeit Strom verbrauchen. Innerhalb der Sperrstunden, d. h. in der Zeit der größten Stromabnahme, beträgt der Preis pro Kilowattstunde 45 Pfg.; in den Nachtstunden soll er für Akkumulatorenspeisung, für Schaulichterbekleuchtung usw. auf 5 Pfg. herabgesetzt werden. Die Arbeitsgebühren sollen für Großabnehmer bis zu 200 000 Kilowatt herabgesetzt werden für Gleichstrom auf 7,5 Pfg., für Drehstrom auf 6,5 Pfg.; Großabnehmer mit 200 000 bis 500 000 Kw. sollen 6 bzw. 5 Pfg., Großabnehmer über 500 000 Kw. 5 bzw. 4 Pfg. pro Kilowattstunde zahlen. Die Vorlage wurde vom Genossen Krause als Berichterstatter begründet.

Genosse Krause fügte hinzu, daß die sozialdemokratische Fraktion die Verbilligung begrüße, weil sie einen stärkeren Stromverbrauch erwarten lasse. In Leipzig sei der Stromverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung ohnehin geringer als in anderen Städten. Aber eine Verbilligung der Strompreise sei ebenso notwendig wie die Verbrauchervermehrung. Die sozialdemokratische Fraktion betrachte die vorgeschlagene Regelung als eine Vorstufe der allgemeinen Strompreiserhebung. Er beantragt:

den Rat zu ersuchen, mit möglichster Eile eine Vorlage über die Herabsetzung der Preise für Lichtstrom und Gas zu bringen.

Die Vorlage wird nach einer längeren Debatte, an der sich der Demokrat Wehler, der Wirtschaftsparteiler Schmidt, der Kommunist Herrmann und der Völkische Schädel beteiligten, angenommen. Ebenso der Antrag des Genossen Krause.

**Naturalbeihilfe für Erwerbslose.**

Der Rat hat auf den Stadtratsbeschluss, die Naturalbeihilfen für die Erwerbslosen im Januar zu wiederholen, geantwortet, daß er der Verstärkung der Unterstützung der Verheirateten und Kinderreichen zustimme, die Wiederholung der Unterstützung im Januar aber ablehnt. Diese Gelegenheit nimmt der Stadtratsordnete Dorn wahr, sich in Angriffen gegen die städtischen Verkaufsstellen zu ergreifen, erzählt dabei aber eine gründliche Abfuhr durch den Genossen Lorenz, dem sowohl vom Kommunisten Dajede, als auch von der Demokratinnen Mendelssohn-Bartholdy gehörte wird. Im übrigen beschließt das Stadtratsordneterkollegium, auf dem Beschlusse, die Naturalbeihilfen im Januar zu wiederholen, bestehen zu bleiben.

**Die Finanzlage der Stadt.**

Bekanntlich hat die bürgerlich-kommunistische Mehrheit eine Steuerpolitik betrieben, die den Besitzenden Millionen schenkte. In einer vertrackten Vorlage, die der Presse nicht zugänglich ist, erklärt der Rat, daß selbst, wenn 100 Proz. der Grund- und Gemeindefiskus erhoben werden (bekanntlich beschloß die oben erwähnte Mehrheit nur 100 Proz.) von den Mitteln, die im Haushaltsplan 1926 eingelegt waren, 1.050.000 Mark abzugeben seien, weil die Mittel zu ihrer Durchführung fehlen. Wir kommen darauf noch zurück. Die Leipziger Einwohner mögen daraus aber erkennen, wie stark die sozialen Aufgaben leiden müssen, wenn auch im neuen Kollegium Bürgerliche und Kommunisten eine soch arbeiterfeindliche Politik treiben werden.

**Jede Staffelform des Schulgeldes abgelehnt.**

Die bürgerliche Mehrheit führte als letzten Streich ein Schmelzstückchen erster Güte aus. Sie lehnte den sozialdemokratischen Antrag auf Staffelform des Schulgeldes ab und beschloß, die bisherigen Verhältnisse betr. Schulgeld, Freistellen und Erziehungsbeihilfen an den höheren Schulen beizubehalten. Mit dieser Schädigung des Proletariats und des Mittelstandes hat sich die abgewiesene Mehrheit aber vornehmlich. Das neue Jahr bringt neue Beschlüsse.

**Von fast sozialdemokratischer Lehre.**

Bei der Beratung über die Begründung von 18 weiteren Lehrstellen an höheren Schulen brachte Genosse Lang einen Fall empfindlicher Verhinderung der Anstellung eines höheren Lehrers wegen seiner politischen Einstellung zur Sprache. Wir werden auf dieses Musterstück der Anstellungskunst im Reiche des Professors Stahl noch näher eingehen.

**Die letzte Sitzung**

am um 12 Uhr der Vorleser dem verschidenden Kollegium in einem kurzen Rückblick über dessen Tätigkeit.

**Aus der Umgebung**

**In die Gemeindeverordneten der Amtshauptmannschaft Leipzig.**

Bis zum 14. Februar 1927 müssen die Abgeordneten zum Bezirksrat gewählt werden. Die Erfolge der Partei bei den Gemeindeführern werden eine Vormehrung auch im Bezirksrat bringen, wenn unsere Genossen auf dem Posten sind.

Am rechtzeitig zu den Wahlen Stellung zu nehmen und die Kandidaten zum Bezirksrat und Bezirksausschuß aufzustellen, finden sich die sozialdemokratischen Gemeindeverordneten in 6 Verammlungen am Sonntag, dem 9. Januar, vorm. 10 Uhr, zusammen. Die Verammlungen werden in Taucha, Holzhausen, Galschwin, Zwenkau, Markranstädt und Wahren abgehalten. Das Verzeichnis der Ortslisten, die zu jedem der sechs Wahlkreise gehören, wird noch bekanntgegeben.

Die Fraktionen in den einzelnen Gemeinden werden aufgeföhrt, bezüglichen Stellung zur Kandidatenfrage zu nehmen und mit bestimmten Vorschlägen in die Verammlungen zu kommen.

Die Textausgabe der Gemeindeordnung kann sowohl durch das Sekretariat als auch durch die Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften zum Preise von 30 Pf. bezogen werden. Die Genossen werden besonders auf die Lichtbilder vorzuzüge über sozialistische Erfolge in der Kommunalpolitik und über das rote Wien aufmerksam gemacht, die allen Orts zur Verfügung stehen.

**Zwehaundorf. Gemeindeverordneten-Sitzung** Zwei Grundstücksangeboten konnte mit Rücksicht auf die hohen Forderungen nicht nähergetreten werden. Die Gemeindefassen-Rechnung 1925/26 wurde nach erfolgter Prüfung richtiggeprochen. Desgleichen die Girofassenrechnung. Gegen einen Einmalkaufhausbau waren Bedenken nicht zu erheben. Die Bürgerlichen für ein Darlehen vom Bezirksverband der Amtshauptmannschaft und für einige Umfelder sollen bedingungsweise übernommen werden. Für die Erwerbslosen, Sozialrentner und sonstige bedürftige Einwohner wurden den Verhältnissen entsprechende Weihnachtbeihilfen ausgeschrieben. Weiter wurden noch einige Aufwertungsarbeiten erledigt. Vor Schluß der Sitzung dankte der Vorsitzende dem Kollegium für treue Mitarbeit und stellte fest, daß bisher nur zum Wohle der Gemeinde und der Einwohnerschaft gearbeitet worden sei.

**Markranstädt. Ausschusssitzung der Allgemeinen Ortskrankenkasse.** Am 18. Dezember 1926 hielt der neu-gewählte Kassenausschuß seine 1. Sitzung ab. Der bisherige Ausschussvorsitzende, Herr Stadtratsordneter Georgi, begrüßte insbesondere die neu eingetretenen Mitglieder. Anschließend gab der Geschäftsführer der Kasse einen kurzen Überblick über die geschichtliche Entwicklung der Sozialversicherung und über die bisherige Tätigkeit der Kasse. Weiterer Ausbau der Kassenleistungen und Schaffung geeigneter Abfertigungsräume muß die Aufgabe der neugewählten Organe sein. Als Vorsitzender des Ausschusses wurde Herr Georgi wiedergewählt. Herr Schlossermeister Stiecher und Herr Karl Rehmet als 1. bzw. 2. Stellvertreter. Mit der Prüfung der Jahresrechnung 1926 wurden die Herren Sattlermeister Wunde, Brauer Artur Hoffmann und Arbeiter Karl Rehmet betraut. — Der vorgelegte, mit 250.000 M. abschließende Voranschlag für 1927 fand Zustimmung. — Einstimmig angenommen wurde der XVI. Nachtrag zu Kassensatzung. Der neue Nachtrag trägt gezielte Änderungen Rechnung und bringt einige Verbesserungen in der Familienhilfe mit sich. — Ferner gelangte der V. Nachtrag zur Dienstordnung der Kassengeschäftlichen zur einstimmigen Annahme. — Dem Kassenvorstand wurde noch eine Veränderung in der Krankengeldberechnung vorzunehmen sowie die Bekanntmachungen auch in der Sächsischen Arbeiter-Zeitung erfolgen zu lassen, zur Berücksichtigung überwiesen. — Nach dem Bericht über die Ergebnisse im laufenden Geschäftsjahre haben fast sämtliche Ausgabenposten eine Steigerung gegenüber dem Vorjahre erfahren. Nur bei dem Kapitel Krankengeld ist eine wesentlich geringere Ausgabe festzustellen. Die finanziellen Verhältnisse der Kasse sind im allgemeinen gut und haben sich gegenüber 1925 beachtlich gebessert.

**10. Rückmarsdorf. Aus der Gemeindeverordneten-Sitzung.** Die letzte öffentliche Sitzung des alten Gemeindeparlamentes war, an den hiesigen Verhältnissen gemessen, ein „großer Tag“. Zunächst handelte es sich um die Vergebung der 5 Wohnungen im neuen Gemeindehaus. Das Haus wurde nicht allein zubehört mit einem Kostenaufwande von noch nicht 30.000 M. unter Leitung der Landesfiedlungs-Gesellschaft innerhalb 3 Monaten schließfertig hergestellt. Jede Wohnung ist 52 Quadratmeter groß, hat elektrisches Licht und Wasserleitung, große Boden und Kellerräume und Gartenland. Der Mietpreis stellt sich auf 300 M. In nichtöffentlicher Sitzung hatten sich beide Fraktionen über die Vergebung dieser Wohnungen auf einen Vorschlag des Bürgermeisters, des Genossen Lehmann, geeinigt, durch den 16 Wohnungsgelöge erledigt wurden. Dieses Kunststück war nur möglich durch einflussvolles Entgegenkommen von Mietern, Vermietern und Wohnungssuchenden, das durch langwierige Verhandlungen des Bürgermeisters mit den einzelnen Parteien auch glücklich erreicht wurde. Seiner Umficht ist es besonders zu danken, daß vorläufig einmal Ruhe und bei dem größten Teil der Einwohnerschaft Befriedigung über diese Regelung eingetreten ist.

Beim 2. Punkte galt es, mit den Vertretern der neugebildeten Wirtschaftspartei abzurechnen. Diese hatten vor der Gemeindeverordnetenwahl in ihrem Flugblatte der sozialdemokratischen Fraktion den Vorwurf gemacht, „Bettlerwirtschaft“ getrieben zu haben. In scharfer Weise ging Genosse Thiele mit diesen Verteilern und Schabrackenreitern ins Gericht, so daß der Führer der Wirtschaftspartei erklären mußte, daß mit diesem Worte nicht beabsichtigt war, die sozialdemokratische Fraktion zu beleidigen. Außerdem wurde von den bürgerlichen Gemeindeverordneten antragsgemäß einstimmig festgestellt und beschlossen, zu erklären, daß die sozialdemokratische Fraktion keine Bettlerwirtschaft getrieben hat. Damit ist wieder einmal eine giftige Schwimmbeläge geplatzt und hat ihren Inhalt auf die Urheber selbst ergossen.

Endlich wurde noch ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion einstimmig angenommen, der dahin geht, die städtische Postverwaltung zu veranlassen, die alte, sogenannte „wilde“ Adressbuche im Bezirk umgehend herzustellen und für die allgemeine, kostenlose Benutzung freizugeben. Es wäre erwünscht, wenn sich auch noch die übrigen Gemeinden in der Umgebung des Bismarkwaldes diesem Vorhaben anschließen würden. Ferner wurde bekanntgegeben, daß für das Bandwasserwerk ein neuer Dieselmotor angeschafft worden ist, zu dessen Aufstellung die Genehmigung erteilt wird.

**x. Anauflerberg. Die Gemeinde veranstaltete am Sonntag, dem 18. Dezember, im Gathhof zum weißen Rog ein Weihnachtsbescherung für bedürftige Schulkinder. — Aus den Erträgen der Sammlung, die für diesen Zweck von der Gemeinde vorgenommen wurde, konnten 102 Schulkinder mit Geschenken bedacht werden. — Allen Gebern und Helfern, die dem Gemeinderate diese Bescherung ermöglichten, sei auch an dieser Stelle herzlich gedankt.**

**Der Alkohol in Amerika.**

Aus dem amtlichen Tätigkeitsbericht der amerikanischen Prohibitionsbehörde geht hervor, daß im abgelaufenen Haushaltsjahr 72.700 Personen wegen Vergehens gegen das Gesetz verhaftet wurden, das die Herstellung und den Besitz von alkoholischen Getränken in den Vereinigten Staaten verbietet. Diesen Personen wurden für 13 Millionen Dollars Alkohol und vor allem auch Beförderungsmittel — so 6000 Automobile und 187 Boote — abgenommen. 12.000 Brennereien wurden ausgedöhnt und dabei 1.250.000 Hektoliter alkoholische Getränke beschlagnahmt. An Strafen für Verletzungen des Gesetzes wurden 5,75 Millionen Dollars eingekommen. Nach dem Bericht haben 13 Schmutzler

und 8 Beamte ihr Leben im Alkoholkampfe eingebüßt. Der Alkoholkampfdienst, der von nahezu 10.000 Offizieren und Mannschaften ausgeübt wird, erbeutete 223 Schmugglerdijie. Durch den gleichen Dienst wurden aber auch 200 Schiffe aus Seerott, gerettet. Aus dem Bericht der amtlichen Behörde ergibt sich schließlich noch, daß der Verbrauch an Weidmahlwein ungeheuer geblieben ist. Für Zwecke der Kirche wurden 3,8 Millionen Gallonen Wein verbraucht. Danach müßte jeder zweite Bürger der Vereinigten Staaten einen halben Liter Weidmahlwein im Jahr zu sich nehmen.

**Eine unerhörte Frechheit.**

In der in Oberbayern erscheinenden Moosburger Zeitung konnte man kürzlich folgenden Eratz lesen: „Preussische Beamten-Karnival. Im Anschluß an die Besetzung von norddeutschen Finanzbeamten in den Finanzamtsbezirk München wird mitgeteilt, daß auch in der Zollverwaltung norddeutsche Beamte nach Bayern hereinvorrecht wurden, sogar an die bayerische Landesgrenze als Grenzaufseher. — Preussische Beamte! Man will das bodenständige bayerische Beamtentum mit dem neudeutschen herumjungehenden, zentralistischen und heimatlosen Bureaualtrismus verdrängen. Schmeißt die Berliner Beamtenkudde, die man ins bayerische Netz zieht, hinaus. Gebt ihnen zwangsweise die Retourfahrkarte in die Hand! Es würde die erste Tat, und nur mit Taten wird der Frechheit der Berliner Zentralistkudubrot Einhalt geboten. Regierung, werdet hart.“

Soweit wir unterrichtet sind, schreibt die Beamtenkorrespondenz hierzu, ist das Reichsfinanzministerium auf die Unverschämtheit aufmerksam gemacht worden. Die Deftentlichkeit hat ein Interesse daran, ob von dieser Stelle aus die Sache zur weiteren zuständigen Bearbeitung der Staatsanwaltschaft übermietet worden ist.

**Berkehrunglücke in Spanien.**

U. Madrid, 22. Dezember. In der Nähe von Mahon (Balearen) explodierte ein Motorboot. Die 40 Insassen wurden mit fürchterlichem Wucht weit ins Wasser geschleudert. Sie wurden größtenteils getötet.

U. Madrid, 22. Dezember. Bei Santander stürzte ein vollbesetzter Autobus auf 20 Meter Höhe in einen Fluß. Alle Insassen kamen ums Leben.

**Rundfunkprogramm**

Freitag, den 24. Dezember. Wirtschaft, 10 Uhr; Wirtschaftsnachrichten; Woll- und Baumwollpreise; amerikanische Metallmengen des Vorabends, 2.45 Uhr; Baumwolle, Landwirtschaft, Berliner Del Rotis, 3.25 Uhr; Berliner Devisen amtlich, Berliner Produktendörse amtlich, 4 Uhr; Wirtschaftsnachrichten; Wiederholung von 2.45 und 3.25 Uhr und die laufenden Produktendörse, Berliner Butter, Berliner Metalle amtlich, Berliner Schrot, 4.20 Uhr; Fortsetzung für Baumwolle, Londoner Metalle amtlich und Landwirtschaft, 5.15 Uhr; Geschäftliche Mitteilungen fürs Haus bzw. Verkehrsamt, 6 Uhr; Wirtschaftsnachrichten; Letzte Notierungen, Unterhaltung und Befragung, 10.05 Uhr; Verkehrsamt, Wetterbericht und Schneebericht, 10.20 Uhr; Bekanntgabe des Tagesprogramms, 10.25 Uhr; Was die Zeitung bringt, 11.45 Uhr; Wetterdienst und -Vorauslage (Deutsch und Esperanto) und Schneebericht, 12 Uhr; Mittagssmusik auf der Hupfen-Rhönola, 12.55 Uhr; Neuere Zeitschriften, 1.15 Uhr; Preise- und Börsenbericht, 4.30 bis 6 Uhr; Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters. Dirigent: Hilmar Weber. 6.05 bis 6.30 Uhr; Lesestunden aus den Neuen Erscheinungen auf dem Büchermarkt, 8 Uhr; Wettervorauslage, Schneebericht und Zeitangabe, 8.15 Uhr; Aus der Weihnachtssendung. Hörspiel für kleine und große Leute von Julius Witte, 10 Uhr; Pressebericht.

Sonntag, den 25. Dezember. 1. Weihnachtsfeiertag, 8.30 bis 9 Uhr; Orgelkonzert aus der Leipziger Universitätskirche (Prof. Ernst Müller), 9 Uhr; Morgenfeier, 11.30 bis 1 Uhr; Musikalische Weihnachtsfeier. Mitwirkende: Clara Gerhardt-Schultheiß und Reinhold Gerhardt (Gesang), Leo Schwarz (Violine), Konzertmeister des Städtischen und Gewandhaus-Orchesters, Am Blühner: Friedbert Sammler, 3.30 bis 5.30 Uhr; Orchesterkonzert. Das Leipziger Rundfunkorchester. Dirigent: Hilmar Weber. 6 Uhr; Übertragung aus dem Deutschen Nationaltheater in Weimar: Hoffmanns Erzählungen. Phantastische Oper in drei Akten, einem Pro- und einem Nachspiel (unter Benutzung von E. T. A. Hoffmanns Novellen) von Julius Barbier. Musik von Jacques Offenbach. Musikalische Leitung: Ernst Praetorius. Einrichtung und Spielführung: Maximilian Moris. Anschließend: Sportpunkt, 9 Uhr; Fröhliche Weifen das Christkind zu preisen. Das Leipziger Rundfunkorchester. Dirigent: Dr. F. A. Duxse.

**Volkshaus Leipzig**

Spezialgerichte: Heute: Weißbrot mit Kartoffelstücken und Hammelfleisch 80 Pf. — Wiggelbraten mit Kartoffeln und Kompott 75 Pf. Morgen: Fischkoteletts in Butter gebraten mit Kartoffel Salat 80 Pf.

Sprechapparate u. Schallplatten in größter Auswahl Alle Ersatzteile. Reparaturen billigst.

**Alwin Dietrich**

Lindenau, Gundorfer Straße 5. Altbekanntes Musikgeschäft.

**3 Preise für echte Fett-Schotten**

1. 10 Stück 50 Pf. 1 Rolle Kapern  
2. 10 Stück 75 Pf. 1 Rolle Kapern  
3. 10 Stück 1 Mk. 1 Rolle Kapern  
1/2 Orig.-Tonne 950/1000 St. 45 Pf.  
1/2 Orig.-Tonne 450/500 Stück 25 Pf.

Versand an unbekannte Firmen unter Nachn. franko Bahnhof Leipzig

**Paul Baumann**

Fischwaren-Großhandlung Leipzig, Windmühlentrasse 42.

**Warme Morgen Röcke**

Servier-Kleider gestreift und kariert Mk. 3.50

Servier-Kleider schwarz Satin mit Schürze Mk. 7.50

Unterkleider in Kunstseidenem Trikot 2.50 3.90 4.90

Nr. 1 Warmer Lammfell-Morgenrock . . . . . 3.90  
Nr. 2 Warmer Lammfell-Morgenrock in Schalkzug . . . . . 5.25  
Nr. 3 Warmer Lammfell-Morgenrock in Steckerel . . . . . 10.50  
Nr. 4 Warm. Seid.-Stepp-Morgenrock wattiert . . . . . 54.00  
Elegante Seiden-Morgenröcke in allen Proportionen

Warmer Lammfell-Morgenrock mit Schal-kragen, umhüllt . . . . . 13.50 Mk.

**Gebirg Hirschfeld**

**Tapeten** jetzt teilweise 50 Proz. herabgesetzt

**Wachstuche** jetzt □ von 1.60 Mk. an

**Linoleum** Teppiche Läufer 9.- Mk. an 2.- Mk. an Riesenauswahl.

**Bernh. Nestler, Eisenbahnstr. 99** an der Elisabethstraße.

**Schularartikel**

Qualitäten

Ranzen kindl. v. 5.50 an  
Taschen . . . . . 9.-  
Mappen . . . . . 9.-  
Frühstücksgläser . . . 1.-  
Federhalter-Stift . . . . 50.  
Büchermappe in Lederbuch 30 cm 1.20 Rindl. 30 cm 4.-  
Akklemappe Rindl. 4.50

**Karl Blaich**

KOFFER- u. LEDERWARENFABRIK / GEG. - 1893  
Windmühlentrasse 32 Ecke Emilienstr.

Politisches Theater — Theatergeschäft.

Berlin, 21. Dezember.

Berlin hat wieder mal sein politisches Theaterfestschmaus...

Ein interessantes Experiment eines einflussreichen Regisseurs...

Wie sehr die Rückwärtler mit ihren Angriffen daneben gebauert...

Auch wenn nicht immer erreicht wurde, was Fejner wollte...

Die Darsteller — voran Kortner als Hamlet, eine erregend...

Die Berliner rennen — nach den Protestaktionen der Rechts-

Im Vestingtheater (Saltzburger-Bühnen) spielt man Tag für...

griff diesen herrlichen Kostümen aus geistreicher Gesellschafts-

In Berlin mocht man also augenblicklich mit gutem Theater...

Aus den Dämmerstunden.

Von Martha Leubner.

Wenn es Winter wird, der Wind um die Häuser heult...

Abends fünf Uhr war es in der kleinen niederen Stube...

In der Weihnachtswoche starb Marietchens Mutter...

Im Stalle schnauzten gemächlich die Kühe, die Mägde...

Brigowitsch. Fejner gab es hier auch eine Inschrift...

Der Schulze nahm Marietchen mit zu sich in die Wohnung...

Marietchen schlief ein. Da träumte ihr, die Mutter war...

Doch alles wieder gut wurde, war ein rechter Trost für...

Alene Chronik.

Neue russische Filme. Auf Bestellung des Leningrader...

Miles Theater. Die musikalische Leitung der Erstaufführung...

Filmschau.

Ein Film, der im historischen Kostüm, wiedermeierlich...

Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk.

Von Jaroslav Hasek.

Copyright by Adolf Synek, Prag 1926.

Schwejk auf dem Polizeikommissariat in der Salzgasse.

Kein Wort mehr und kein Wort weniger. Nur die Augen...

Kompliment, Euer Gnaden, sagte Schwejk, während er...

Hier ist es nicht so übel, fuhr Schwejk im Gespräch fort...

Der erste Mann antwortete nicht, stand auf und ging...

Schwejk betrachtete inzwischen mit Interesse die an die...

Der Mann, der zwischen Tür und Pflichten auf und ab...

„Rein, sie lassen mich nicht,“ redete er vor sich hin...

„Geben Sie nicht zufällig einen Riemen bei sich, damit...

„Es ist nur ärgerlich,“ fuhr er fort, indem er unerbittlich...

Der düstere Mann, dem Schwejk den Riemen zeigte...

„Lacht mich heraus!“ sagte er mit einer Stimme...

„Mir scheint, Herr Haupt, wenn er Sie ausläßt,“ sagte...

Schwejk, während der hoffnungslose Mann sich wieder...

„Das kann ich Ihnen nicht sagen,“ seufzte der Mann...

„Soll ich Ihnen vielleicht zählen helfen?“ fragte Schwejk...

„Aha,“ fuhr der unglückliche Untergebene des Vorstandes...

„Lachen Sie mir, ich bin so ein anfälliger, intelligenter...

„Lachen Sie mir, ich bin so ein anfälliger, intelligenter...

(Fortsetzung folgt.)





Leipziger Angelegenheiten

Leipzig, 23. Dezember.

Eine Ohrfeige für Stadtbaurat Ritter.

Wieder einmal mußte sich das Stadtverordnetenkollegium mit dem Ritterhöflichen beschäftigen. Die vom Räte beantragte Nachbewilligung von rund 56 000 Mk. womit die Baukosten für diese bemerkenswerte Leistung des Baubezirksrenten Ritter auf über 220 000 Mk. — ohne die Bauplatzkosten — angewachsen sind, führte zu einer sehr ausgedehnten Aussprache. Die Nachprüfung durch einen besonderen Ausschuß führte u. a. zu der unter dem Regime Ritters heute nicht weiter verwunderliche Feststellung, daß eine Aufstellung des bauleitenden Privatarchitekten über die Baukosten, die als eigene Bauwünsche der Mieter, besonders des Baurats Ritter, zu betrachten sind, kurzerhand dem Abfender zurückgegeben wurde. Dieses „einfache“ Verfahren fand jedoch nicht das Einverständnis der Mehrheit der Stadtverordneten. Es kam deshalb zu recht heftigen Angriffen, aber auch zu recht eigenartigen Verteidigungsreden, sowohl des Stadtverordnetenvorsitzers als auch des Oberbürgermeisters. Letzterer ging so weit, die ungewöhnliche Frage aufzuwerfen, was denn von der ganzen Angelegenheit, die so lange die Öffentlichkeit beschäftigte, übriggeblieben sei. Ihm geht offenbar das Empfinden dafür ab, daß ein Gebäude, das für die Unterbringung von Professoren und Künstlern, an denen die Stadt Leipzig ein besonderes Interesse hat, bestimmt war, in keiner Weise diesem Zwecke dienlich gemacht wurde, und daß ein Reismittel, das eine in jeder Hinsicht einwandfreie Wohnung erhalten hatte, ein Jahr später diese Wohnung erhielt, die sich kaum der Generaldirektor des neuen Parkstrasses leisten dürfte. Er findet es aber auch in der Ordnung, wenn diese Wohnung im Gegensatz zu den andern Wohnungen in dem gleichen Hause und in schreiendem Gegensatz zu der Zeit der Zeit eine besondere Ausstattung erhielt, die auf Kosten der Stadt geht. Hier hätten sich Tausende von Mark sparen lassen. Für diese Auffassung des Rates und für das ungewöhnliche „Verantwortlichkeitsgefühl“ und die seitene „Gewissenhaftigkeit“ des Deputierten Ritter hat die Mehrheit der Leipziger Bevölkerung, weite Kreise des ratsfreundlichen Bürgertums eingeschlossen, kein Verständnis. Der Beschluß der Stadtverordneten, der die kuriose Aktienführung des Deputierten Ritter verurteilt und eine einwandfreie Aktienführung fordert, stellt eine klaffende Ohrfeige für den letzteren dar. Da der Rat schon im vergangenen Jahre bei der Beurteilung der Kreditierungen, Streichungen und Entfernungen ganzer Seiten aus den Submissionsakten des Hochbauamtes nicht in schärfter Weise durchgriff, ist es verständlich, wenn solche Praktiken weiter gehandhabt werden. Die Linke des Stadtverordnetenkollegiums betrachtet es als eine ungeheuerliche Zumutung, Kosten nachzubewilligen, die in dieser Höhe der Stadt nicht zur Last gelegt werden können. Sie lehnte deshalb die Nachbewilligung ab.

Der Ritter erhielt sie trotzdem bewilligt. Der Rat fand mit seiner Nachbewilligung eine Mehrheit. Er hat nach langem Kampfe „gesiegt“. Wir glauben aber nicht, daß ihm nach weiteren solchen Siegen gelüftet.

Die Weihnachtsbeihilfe in Theorie und Praxis.

Eigenartige Auslegung der Landtagsbeschlüsse.

Der Landtag hat bekanntlich beschlossen, durch eine Weihnachtsbeihilfe die Kollage der Beamten vorübergehend erträglicher zu machen. Die weitergehenden sozialdemokratischen Anträge lehnte die bürgerliche Mehrheit einschließlich WSPB. ab; dafür erklärte sie sich bereit, die von Räte aufgestellten Sätze auch in Sachsen zu bewilligen. Die sächsische Verordnung, die die Auszahlung der Beihilfen regelt, bestimmte:

„Die Mindest- und Höchstätze erhöhen sich für jedes Kind, für das auf Dezember 1926 die Kinderbeihilfe voll oder teilweise zu zahlen ist um 5 Reichsmark.“

Man mußte also annehmen, daß nach diesem klaren Wortlaut dem verheirateten Beamten eine höherer Beihilfe als dem ledigen gegeben werden sollte, und daß die berechnete Rückzahl auf das Kind sich spürbarer auswirken sollte. Die Verwaltung berechnete und machte es anders. Der ledige Beamte erhält bereits in den oberen Gruppen mehr, der Verheiratete in den oberen Gruppen doppelt so hohe Beihilfe als der Verheiratete in den unteren Gruppen. Der Verheiratete in den oberen Gruppen erhält eine Zulage von 20 RM., der in den unteren Gruppen 3,00 RM. Man hat sogar wieder ängstlich Abstand gemacht: selbst das Kind unterscheidet man nach Gruppen. Der Beamte in Gruppe VIII 4, Ostklasse A, verheiratet mit zwei Kindern, erhält eine Beihilfe von 78,30 RM., der Verheiratete ohne Kind in Gruppe X 1 aber 80 RM. Eine wirklich großzügige Auslegung der Beschlüsse des Landtags! Die geschäftsführende Regierung dürfte dabei kein schlechtes Geschäft gemacht haben.

Abänderungen und Ergänzungen der Verkehrsordnung

Das Polizeipräsidium hat im Einvernehmen mit dem Rat der Stadt eine Anzahl von Abänderungen und Ergänzungen der Verkehrsordnung für die Stadt Leipzig vom 18. Juli 1925 vorgenommen. Besondere Veranlassung gaben hierzu die Reichsverordnung über den Kraftfahrzeugverkehr vom 28. Juli 1926 und Anträge des Rates auf Sperrung von Straßen für Lastfahrzeuge und auf Herabsetzung ihrer Fahrgeschwindigkeit. Die vom Räte beantragten Maßnahmen ergingen zum Schutze der Straßenoberfläche, mit Rücksicht auf den baulichen Zustand der Häuser und nicht zuletzt, um den berechtigten Klagen über Belästigungen durch den Verkehr mit schweren Lasten Rechnung zu tragen. Im einzelnen soll auf folgende Vorschriften aufmerksam gemacht werden.

Die Regelung des Parkrechtes zugunsten des auf einem Hauptverkehrswege sich bewegenden Fahrzeugs ist der oben erwähnten Reichsverordnung entnommen worden. Die genaue Bezeichnung der Hauptverkehrswege beruht auf einer Vereinbarung der Polizeibehörden Berlin, Hamburg, München, Leipzig, Dresden, Chemnitz und Flauen. Die neue Regelung gilt nur, wenn Hauptverkehrswege mit Seitenwegen zusammenstoßen. Treffen Hauptverkehrswege mit anderen Hauptverkehrswegen oder Seitenwegen mit Seitenwegen zusammen, so bleibt es bei der bisherigen Bestimmung, daß dem von rechts kommenden Fahrzeug die Vorfahrt zusteht. Das Verbot des Aufstellens von Fahrzeugen an Haltestellen ist durch eine ähnliche Vorschrift der erwähnten Reichsverordnung veranlaßt worden. Es wurde nur zur Ausschließung von Irftümen für zweckmäßiger gehalten, bei der örtlichen Vorschrift von Haltestellenbildern zu sprechen und den Abstand, der eingehalten werden soll, genau zu bestimmen. Zur Erläuterung ist hervorzuheben, daß unter Umständen nicht bereits ein kurzes Halten zur Aufnahme oder zum Absetzen von Fahrgästen zu verstehen ist. Die in der Reichsverordnung festgelegten Zeichen der Führer bedingten den Verzicht auf das bisher in Leipzig vorgeschriebene Zeichen für Getadeausfahrten. Da das Leipziger Publikum an dieses Zeichen gewöhnt ist und es daher an Straßenkreuzungen zunächst noch erwartet wird, muß sämtlichen Fahrzeugführern dringend empfohlen werden, an Straßenkreuzungen mit größter Vorsicht zu fahren. Um Mißverständnissen vorzubeugen, wurde in die in Frage kommenden Abschnitte wörtlich das Verbot des Zeichens von Handwagen und dergl. vom Fahrrad aus und des Anhängens von Handwagen an Fahrräder, sowie des Anhängens von Handwagen und Karren an andere Fahrzeuge aufgenommen.

Einem allgemeinen Wunsche wird die Erklärung der Dreilinden- und Kuhnturmstraße zu Einbahnstraßen entsprechen. Eine

Das alte Kollegium verendet.

Das alte Stadtverordnetenkollegium hatte gestern seine letzte Sitzung abgehalten und mußte abtreten, um dem neu gewählten Kollegium Platz zu machen. Die Leipziger Arbeiterschaft weint dem verendeten Stadtverordnetenkollegium keine Träne nach, hatte doch in ihm das kapitalistische Bürgertum die Mehrheit, die es in der rücksichtslosesten Weise im Interesse der kapitalistischen Kreise drei Jahre lang auszunutzen bestrahet gewesen ist. Was seit der Novemberumwälzung von der Sozialdemokratie in früheren Kollegien an Fortschrittlichem und Gemeinnützigem aufgebaut worden ist, hat die bürgerliche Stadtverordnetenmehrheit in den hinter uns liegenden drei Jahren versucht, wieder zu beseitigen, soweit es den Bedürfnissen kapitalistischer Interessenten entsprach. Vor allem konzentrierte sich der Kampf der bürgerlichen Mehrheit gegen die städtischen Regiebetriebe und die gemeinnützigen Unternehmen. In ihrer Berranttheit, sich in den Dienst der gewinnstüchtigen Bestrebungen großindustrieller und großhändlerischer Kreise zu stellen, hat die bürgerliche Mehrheit selbst vor städtischen Einrichtungen, die der Allgemeinheit dienen und für die in früheren Jahren sich selbst die Bürgerlichen eingesetzt haben, nicht halt gemacht. Der Kampf und systematische Hinführung der bürgerlichen Stadtverordneten gegen die städtischen Eigenbetriebe hat sogar wiederholt den

allein die Kommunisten, die in Anwendung ihrer bekannten Entlarvungsstrategie den wütendsten Kampf und den unerhörtesten Verleumdungskampfe gegen die sozialdemokratischen Abgeordneten des Leipziger Stadtparlaments geführt haben. Sehr oft haben die Kommunisten den Bürgerlichen in ihrem gewinnstüchtigen Kampfe Helfersdienste geleistet. Erinnert sei nur an die verschiedenen Stadtratswahlen, bei denen wichtige Ratsbegernate den Bürgerlichen ausgeliefert wurden. Hätte die sozialdemokratische Fraktion eine ähnliche unrentable Politik getrieben, wie sie bei den Kommunisten gang und gäbe war, dann hätte die bürgerliche Mehrheit noch viel mehr erreichen können. Der geschickte Taktik und dem Ausschöpfen des Möglichen ist es zu verdanken, wenn die bürgerliche Mehrheitsherrschafft in dem nun abgetretenen Stadtverordnetenkollegium für die arbeitende Bevölkerung Leipzigs nicht einen vollständigen Trümmerhaufen hinterlassen hat. Die Berichte der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion über ihre Tätigkeit in den letzten drei Jahren legen Zeugnis von ihrem positiven Schaffen zum Wohle der Leipziger Arbeiterschaft und der Allgemeinheit ab. Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion kann mit ihrer kommunalpolitischen Tätigkeit vor der Geschichte bestehen.

Die bürgerliche Mehrheitsherrschafft ist am 14. November gebrochen worden und die Sozialdemokratische Partei ist als die Gewinnende aus dem Stadtverordnetenwahlkampf hervorgegangen. Die Wähler haben die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion zu würdigen gewußt und der sozialdemokratischen Kommunalpolitik in noch weit größerem Maße als im Jahre 1924 ihr Vertrauen geschenkt. Das ist das beste Zeugnis dafür, daß ein großer Teil der Leipziger Bevölkerung die sozialdemokratische Kommunalpolitik als eine der Allgemeinheit und der Arbeiterklasse nützliche betrachtet. Die Sozialdemokraten werden auch im neuen Kollegium bemüht sein, dem in sie gesetzten Vertrauen gerecht zu werden.

Das am 3. Januar zum erstenmal zusammentretende neue Stadtverordnetenkollegium verfügt über eine linke Mehrheit. Den 41 Sozialdemokraten und Kommunisten stehen 34 Bürgerliche einschließlich einem Antisozialisten gegenüber. Es besteht die Möglichkeit, daß das neue Stadtverordnetenkollegium nicht nur das wieder aufbauen kann, was in drei Jahre während der bürgerlicher Mehrheitsherrschafft niedergedirren wurde, sondern daß auch das Vorhandene in fortschrittlichem, sozialem und gemeinnützigem Sinne weiter ausgebaut werden kann. Schließlich kann auch in den Gemeinden, wenn eine gute sozialdemokratische Kommunalpolitik betrieben wird — und wir zweifeln nicht daran, daß dieses von der neuen sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion geschehen wird —, gute Borarbeit für den Umbau der kapitalistischen in die sozialistische Wirtschaft geleistet werden. Freilich hängt diese Arbeit nicht allein von der 28 Mann starken sozialdemokratischen Fraktion, sondern auch von der 15 Mann zählenden kommunistischen Fraktion ab. Wir wollen hoffen, daß die Kommunisten im neuen Stadtverordnetenkollegium ihre verantwortungsvolle Agitationspolitik aufgeben und daß sie die sozialdemokratischen Stadtverordneten in ihrem Bemühen unterstützen, unter den gegebenen Verhältnissen das Größtmögliche auch in der Gemeinde für die arbeitende Bevölkerung herauszuholen. Geschichte dieses, dann kann die Linksmehrheit so ausgenutzt werden, daß auf dem Gebiete gemeinnütziger Kommunalpolitik in den nächsten drei Jahren erhebliche Fortschritte erzielt und das Vertrauen der Leipziger Wählerschaft zu der Linken im Stadtparlament sich noch in größerem Maße als bei den letzten Wahlen zuwendet, so daß eine bürgerliche Mehrheit auch in Zukunft verhindert wird.

Argumente gegen den Sozialismus.

Kursus des Genossen Stern-Wien

vom 28. Dezember 1926 bis mit 1. Januar 1927, vormittags 9 Uhr und abends 8 Uhr, im Volkshaus (Gartenaal).

1. Der Sozialismus zerstört die Familie Von Ehe, Liebe, Familie und Erziehung
2. Der Sozialismus richtet sich gegen die Nation Nationalität und Internationalität
3. Der Sozialismus ist religionsteindlich Staat und Kirche, Religion und Tat
4. Unveränderlichkeit der Menschennatur Unmöglichkeit der Klassen- und Gesellschaft
5. Wirtschaft und Persönlichkeit Keine Volkswirtschaft ohne Unternehmer
6. Der Zukunftsstaat — ein Zuchtstaatsstaat Die Bürde vor dem Zwang.

Beteiligung nur gegen Teilnehmerkarte und Mitgliedsbuch Näheres bei den Ortsvereinsvorsitzenden und im Parteisekretariat SPD, Groß-Leipzig.

Bürgerlichen Rat auf den Plan gerufen, um sich gegen die eigen-nützige und verkehrte Bekämpfung städtischer Unternehmen durch die bürgerliche Stadtverordnetenmehrheit zu wenden.

Wenn die Bürgerlichen im alten Stadtverordnetenkollegium nicht restlos ihr Ziel erreichen konnten und nur Teilerfolge erzielten, so ist das vor allem auf die Kluge und auf weite Sicht berechnete Politik der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion zurückzuführen. Sie ist es gewesen, die in den letzten drei Jahren in der vordersten Front des Kampfes für die Erhaltung und den weiteren Ausbau der städtischen Eigenbetriebe gestanden und sich für eine gemeinnützige Kommunalpolitik eingesetzt hat. Schwer waren die Kämpfe, die die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion führen mußte, und an Verleumdungen gegen sie hat es von rechts und links nicht gefehlt. Neben den Bürgerlichen waren es vor

größere Anzahl von Straßen dürfte nach den bisherigen Vorschriften von Lastkraftwagen nur mit einer Höchstgeschwindigkeit von 10 Kilometer befahren werden. Sie wurde dahin abgeändert, daß die Geschwindigkeitsbeschränkungen erst eintreten sollen, sobald das betreffende Fahrzeug ein Eigengewicht von 2,5 To. überschreitet. Die leichten Lieferwagen, die an und für sich zu den Lastkraftwagen zählen, sind hinfällig daher nicht der Geschwindigkeitsbeschränkung unterworfen. Für Kraftfahrer ist besonders zu erwähnen, daß die Sperrung des Pöhlner Weges für den Durchgangsverkehr zwischen Rohrdrehtplatz und der Straße Am Gohlischen Bad aufgehoben und die Sonn- und Feiertagsperre des Schleußiger Weges zunächst bis zum 31. März 1927 außer Kraft gesetzt worden ist.

Die Bestimmungen der Bekanntmachung des Polizeipräsidiums vom 19. Dezember 1926 treten mit Ausnahme der über das Aufstellen an Haltestellen und die neuen Zeichen sofort in Kraft. Diese Vorschriften gelten erst ab 1. Januar 1927.

Verhöhung weltlich gelinnter Eltern.

Aus Elternkreisen, die ihre Kinder in die 8. Volksschule in Döllitz schicken, wird uns geschrieben:

Welche Eltern sind wohl nicht mit Freude und Spannung zu der Weihnachtsfeier der 8. Volksschule gegangen, um den Darbietungen ihrer Kinder zu lauschen. Sie waren von vergangenen Jahren her mit Interesse und zugleich künstlerische Feiern gewöhnt, nach denen alle Eltern, gleich welcher Anschauung, besriedigt nach Hause gingen.

Was uns aber bei der diesjährigen Weihnachtsfeier geboten wurde, war eine direkte Verhöhung der weltlichen Eltern. Man lese und sei erstaunt: „Die Geburt Jesu in Bethlehem.“

Die Aufzählung war eine Geschmackslosigkeit ersten Ranges, von der Garderobe der Kinder gar nicht zu reden. Von einem künstlerischen Geiste des aufstrebenden Lehrers war absolut nichts zu verspüren. Mit derartigen Sachen kann man vielleicht noch bei den Kongregationskindern erzielen, aber nicht in Döllitz. Sollten die Lehrer der 8. Volksschule später einmal wieder derartige Aufzählungen planen, dann möchten wir als weltliche Eltern bitten, uns nicht einzulassen. Wir verwahren uns ganz entschieden gegen die Zumutung, solchen Darbietungen beizuwohnen. Der Elternrat setzt sich aus 7 Weltlichen und 4 Christlichen zusammen, und somit ist unser Verlangen gerechtfertigt. Anerkennung verdient der zweite Teil der Darbietungen in seiner Gesamtheit.

Vierzehnstündiger Unterricht im gleichen Raum.

Der Elternauschuß der Höheren Gewerbeschule erstattete der Elternschaft am 7. Dezember 1926 in einer starkbesetzten Versammlung über die Pläne des Rates für den Ausbau der Schule und über eine satzungsmäßige Befestigung der Räume und schulischen Einrichtungen Bericht. Im Anschluß hieran wurde nachstehende Entscheidung einstimmig angenommen:

„Die am 7. Dezember 1926 zahlreich versammelte Elternschaft der Höheren Gewerbeschule hat mit Genugtuung von den Plänen des Rates hinsichtlich des weiteren Ausbaues der Schule Kenntnis genommen. Sie begrüßt insbesondere den Gedanken, durch Einrichtung eines zweiten Vollschuljahres den Schülern je nach Wahl die Möglichkeit zu bieten, das Ziel entweder in einem weiteren an das erste anschließende Vollschuljahr vor der Lehrzeit oder im 2.—4. Schuljahr neben der Werkstattlehre zu erreichen.“

Die Elternschaft erwartet, daß Rat und Stadtverordnete mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Schule für unser Wirtschaftsleben und im Hinblick auf die gegen früher völlig veränderte wirtschaftliche Lage der Eltern dem weiteren Ausbau der Schule auch fernerhin ihre besondere Aufmerksamkeit widmen und dafür Sorge tragen werden, besonders beschäftigten Schülern auch im Anschluß an das 2. Vollschuljahr die entsprechende Weiterbildung zu gewährleisten.

Mit größtem Bedauern hat aber die Elternschaft andererseits von den durch die Raumnot hervorgerufenen unhaltbaren Zuständen, die einen geordneten Unterricht unmöglich machen und eine ungläubliche Zeiterwendung zur Folge haben, Kenntnis genommen. Die Zusammenlegung des gesamten Schulbetriebs in ein Gebäude muß sobald als irgendmöglich durchgeführt werden. Solange dies nicht erreichbar ist, fordert die Elternschaft, um den jeder Schullingsene höflichstprechenden gegenwärtigen Zuständen, zwölf bis vierzehnstündigen Unterricht in denselben Räumen abzulassen, der Schule noch mindestens 7 einwandfreie Schulräume zur Verfügung zu stellen.

Ferner erwartet die Elternschaft bestimmt, daß in kürzester Frist eine gründliche Instandsetzung und Säuberung der Zimmer und deren Ausstattung vorgenommen und für Ersatz der völlig veralteten Vorrichtungen durch neuzeitliche Einrichtungen Sorge getragen wird.“

Ein Ratsstiege durch kommunistische Schuld.

Wie wir erfahren, wurde gestern in nichtöffentlicher Sitzung u. a. über die unerhörtesten Forderungen des künftigen Stadtbaurats zur Rieden verhandelt. Die erste Regelung war vom Ministerium beanstandet worden. Aber der Rat wußte sich zu helfen. Er schlug eine andere Regelung vor, die zu dem gleichen Ziele führt. Nach dieser Regelung muß die Stadt den Herrn in eine Lebensversicherung einkaufen gegen eine jährliche Prämie von 3000 Mark, die auch bis zu seinem Tode weitergezahlt werden muß, selbst wenn der Herr nach sechs Jahren nicht wieder gewählt wird. Das wäre mit Stimmgleichheit abgelehnt worden, wenn der kommunistische Stadtverordnete Dr. Franz nicht vorher seiner Wege gegangen wäre. So ist es in Wirklichkeit nicht der Stadtrat, sondern der Kommunist Dr. Franz, der den Einwohnern auf lange Zeit hinaus eine jährliche Summe von 5000 Mark kosten wird. Es geht doch nichts über kommunistische Wirtschaft!

# Wo ruft die Pflicht?

**Ergerer Bezirksvorstand.**  
Montag, den 27. Dezember, nachmittags 3 Uhr, Sitzung im Volkshaus, Zimmer 2.

**Erweiterter Bezirksvorstand.**  
Montag, den 27. Dezember, nachmittags 5 Uhr, Sitzung im Volkshaus, Zimmer 2.

**Fürsorgepfleger.**  
Die Genossen der einzelnen Distrikte werden ersucht, die Vorschläge, die sie für ihren Distrikt zur Neuwahl zu machen haben, gemeinsam durchzusprechen und an das Parteisekretariat bis spätestens 6. Januar zu senden.

**Gemeinschaft Kinderfreunde.**  
Kinderchor Ost-Südost, Freitag fällt die Singstunde aus.

**1937.**  
Die Kusze Rager und Schön fallen diese Woche wegen der Feiertage aus.

**Beginn der Kusze Rager: Arbeitsrecht, Donnerstag, 6. Januar, Gesellschaftslehre, Freitag, 7. Januar 1937.**  
**Beginn der Kusze Schön: Sonabend, 8. Januar 1937.**  
**Sprechstunde: Deute 7/8 Uhr, 1. Volkshaus, Vestalozstr. 4.**

# Was viele Leute nicht wissen.

**Aus schneiden! Aufbewahren!**

Von der Oberpostdirektion wird uns geschrieben:

Zur Weihnachts- und Neujahrszeit werden alljährlich viele „Drucksachen“ mit guten Wünschen zur Post gegeben, die gar keine Drucksachen im postalischen Sinne sind. Zu Ruß und Frommen aller, die das „Straßporto“ — die Deutsche Reichspost nennt es milde „Nachgebühren“ — wie die leibhaftige Höllepein fürchten, sei hier folgendes bekanntgegeben:

Im Inlandverkehr werden für 3 Pfennig befördert:

- Drucksachen jeder Art bis zum Gewicht von 50 Gramm, bei denen außer der Anschrift des Empfängers und des Absenders sowie der Angabe des Absendungsdatums nachträglich nichts hinzugefügt worden ist;
- offen (d. h. ohne Umschlag) verpackte einfache oder Doppelkarten (aber nur diese!) mit weiteren fünf Worten usw., die in leicht erkennbarem, sachlichem Zusammenhang mit dem gedruckten Wortlaut stehen. Diese Karten müssen in der Papierstärke annähernd den amtlichen Postkarten entsprechen; sie dürfen nicht größer als 15,7 x 10,7 Zentimeter und nicht kleiner als 10 x 7 Zentimeter sein.

Wer Glückwunsch- oder Willenkarten mit den erwähnten fünf Worten in offenem Umschlag verschicken will, der muß schon 5 Pfennig opfern.

Dem Namen des Absenders kann die Angabe „und Familie“ oder „und Frau“, dem Wohnort die Wohnung hinzugefügt werden. Man darf also z. B. der gedruckten Angabe „Die besten Glückwünsche zum Jahreswechsel“ handschriftlich hinzufügen:

senden unter 1000 herzlichen Grüßen

Leipzig-Großschöder Kaufmann Georg Müller und Frau.  
Schönauer Weg 100, II.,  
den 31. Dezember 1926.

Solche Sendungen sind — soweit es sich um einfache oder Doppelkarten ohne Umschlag handelt — mit 3 Pfennig, sonst mit 5 Pfennig freizumachen. Für unzureichend freigemachte Drucksachen wird eine Nachgebühr von mindestens 10 Pfennig erhoben! Wer sich seinen Bekannten an Orte aussichtsreicher und dabei ebenso billig in Erinnerung bringen will, wird seine Glückwünsche durch eine Postkarte (3 Pfennig) oder einen Brief (5 Pfennig bis 20 Gramm) übermitteln, wobei er seine Worte nicht so sorgsam nachzuzählen braucht wie bei einem Festgruß in die Ferne.

Zufüge wie „Dein — Ihr — sendet — widmet — von“ in Verbindung mit den handschriftlichen Nachtragungen sind bei Bemessung der Zufüge als höchstens fünf Worte mitzuzählen. Man darf also nicht schreiben: „Herzliche Glückwünsche und viele Grüße sendet“ oder „Glück zum Jahreswechsel und 1000 Grüße von“, weil das mehr als fünf Worte sind.

Unbedingt nötig ist eine recht genaue Aufschrift, die Angabe der Zustellpostanstalt (z. B. Leipzig C 1, Berlin SW 68, Dresden-V. 1), der Straße, Hausnummer und des Stadtviertels. Auch der Name, Wohnort und die Wohnung des Absenders soll nicht vergessen werden. Eine solche Sendung gelangt, wenn sie aus irgendeinem Grunde unzustellbar bleiben sollte, an den Absender zurück, und dieser weiß dann wenigstens, daß seine Glückwünsche ihr Ziel nicht erreichten.

# Wichtig für Anleihebesitzer.

Im Anschluß an den am 21. d. M. veröffentlichten Artikel über die Parastellung der Reichsanleihen (Altbesitz) sei noch mitgeteilt, daß der Reichsfinanzminister sich dieser Tage bereit erklärt hat, für die eigentlichen Altbesitzer am 31. März 1926 abgelassene Frist zur Anmeldung des Altbesitzes eine endgültig am 31. Dezember 1926 ablaufende Frist zu gewähren. Diese soll sich vor allem auf solche Personen beziehen, die die rechtzeitige Anmeldung infolge Krankheit, Geschäftsunmöglichkeit, Alter oder ähnlicher zwingender Gründe (bringliche Reisen) veräußert haben. Derartige Anträge müssen infolge der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit umgegend an den bereits in der letzten Notiz erwähnten Reichsfinanzminister für die Ablösung der Reichsanleihen alten Besizes, Berlin W. 68, Alte Jakobstr. 117/120, gestellt werden. Zwecks näherer Auskunft wende man sich am besten sofort an eine Sparkasse oder eventuell an die Anleihealtbesitzstelle bei einem Finanzamt.

# Das Grassimuseum am Johannispfad.

Wie der Rasprekordentzweck, hat der Rat beschlossen, auch das neue Museum am Johannispfad wieder „Grassimuseum“ zu benennen, um die Erinnerung an den hochherzigen Stifter Grassi auch dort aufrechtzuerhalten.

# Polizeistunde zu Weihnachten und Neujahr.

Vom Polizeipräsidenten ist die Polizeistunde für den ersten und zweiten Weihnachtsfeiertag auf 2 Uhr und für Silvester auf 4 Uhr morgens festgesetzt worden. Die festgesetzten Schlafstunden für Musikdarbietungen auf 11 Uhr bzw. 12.30 Uhr bleibt bestehen.

**Sprechverkehr mit England und Oesterreich.** Die Teilnehmer des Distanzgespräches Leipzig sind zum Sprechverkehr mit London zugelassen. Die Gebühr für ein gewöhnliches Dreiminutengespräch beträgt 15.00 Mk. In nächster Zeit wird eine unmittelbare Fernsprecheitung Leipzig—Wien in Betrieb genommen werden, wodurch die Gesprächsabwicklung mit den Orten Oesterreichs eine wesentliche Vereinfachung und Verbesserung erfahren wird.

**Das naturkundliche Heimatmuseum am Kleinschloß (Eingang Vorhängerstraße 3)** ist am heiligen Abend und am ersten Feiertag geschlossen, an allen übrigen Festtagen der Weihnachtszeit von 11—1 geöffnet. Eintritt frei.

**Schadenfeuer.** In der Nacht zum Sonnabend war im Dachraum eines Fabrikgebäudes am Schönauer Weg in Kleinhschocher auf bis jetzt unbekannt Weise ein Brand entstanden, der einen beträchtlichen Schaden verursachte. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei über die Entstehungsurache sind noch im Gange. Es ist möglich, daß der Brand durch Hitzeübertragung entstanden ist.

Festgenommen wurde der nach Unterschlagung von 98 000 Mk. aus Köln flüchtige Kaufmann Paul Gaber.

# Die Arbeitsbedingungen in Japan

## Und das Washingtoner Abkommen?

In der japanischen Industrie allein — ohne Handel, Verkehr und Bergbau — sind rund 3 Millionen Proletarier bei derlei Geschäften beschäftigt. Bis 1911 ohne jeglichen gesetzlichen Schutz, ist dieses Millionenheer auch jetzt trotz mancher anerkannter Fortschritte der Arbeiterbewegung der schlimmsten Ausbeutung unterworfen. Billige Arbeitskräfte, die nahezu unbegrenzt ausgebeutet werden können, sind es, die das japanische Proletariat dem Moloch Kapitalismus liefert. Und es ist verständlich, daß die junge japanische Industrie, die kaum ein halbes Jahrhundert alt ist, im wesentlichen oder überhaupt erst während des Weltkrieges einen beachtlichen Aufschwung genommen hat, die Konkurrenz der älteren, besser organisierten und kapitalstärkeren Industrien der alten kapitalistischen Welt nicht scheut; nicht minder verständlich auch, daß sie sich unter diesen Umständen mit aller Gewalt gegen die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens stemmt, — denn diese würde die Hebung der Arbeitsbedingungen des japanischen Arbeiters zur Folge haben und den japanischen Industrieherren die wohlfeilsten Arbeitskräfte entziehen.

In der Tat ist Japan, obgleich die Washingtoner Konferenz den besonderen Existenzbedingungen des jungen japanischen Kapitalismus Rechnung trug und eine 57—60stündige Arbeitswoche für die japanische Industrie zuließ, allen wesentlichen Bedingungen des Washingtoner Abkommens aus dem Wege gegangen. Gewiß, der Einfluß des Internationalen Arbeitsamtes ist auch in Japan geltend gemacht worden, aber alles in allem sind ihm doch nur einige unzulängliche Gesetze über die Kinderarbeit, die Arbeitsnachweise und eine Art Invaliden-, Unfall- und Krankenversicherung zu verdanken. Und in der Praxis ist es immer noch der heimungslose

## Wohin gehen wir zum Feste?

Die Frage darf nicht erstreut werden. Es ist selbstverständlich, daß man nur zu den Inferenten der Leipziger Volkszeitung geht. Wer darin seine Veranstaltungen nicht ankündigt, will keine Arbeiter sein!

konnten durch die langjährigen Vorarbeiten der privaten Statistiken der Banken und Gewerbebehörden mit ihren privatkapitalistischen Tendenzen nicht unbeflüsselt bleiben. Überdies ist das vorliegende Material sehr lückenhaft, und zusammenfassende Übersichten sind dem europäischen Beobachter kaum zugänglich. Im Nachstehenden ist das von Iwao K. Aoyama in seiner Schrift „Arbeitsgesetzgebung und Arbeitsbedingungen in der Industrie Japans“ (in französischer und englischer Sprache herausgegeben vom Internationalen Arbeitsamt, Genf 1928) verwertet worden.

Schon die gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeitszeit sind in ihrer Dürftigkeit geradezu schmerzenerregend. Das „in Ausführung“ des Washingtoner Abkommens erlassene Ergänzungsgesetz von 1923, das erst mit dem 1. Juli 1926 in Kraft getreten ist, beschränkt sich darauf, die alten Schlußbestimmungen von 1911 und 1916 auf alle Betriebe mit über 10 (statt wie früher 15) Arbeitern auszubehnden. Diese alten Bestimmungen befehlen aber nicht mehr und nicht weniger, als daß die tägliche Arbeitszeit in den industriellen Betrieben

nicht mehr als 12 Stunden zu betragen habe; doch brauchen sich Betriebe, die nur männliche Personen über 15 Jahren beschäftigen, an diese Grenze nicht zu halten; in den Baumwoll- und Seidenspinnereien aber kann die tägliche Arbeitszeit einschließlich der Arbeitspausen binnen 15 Jahren ab Inkrafttreten des Gesetzes bis auf 14 Stunden ausgedehnt werden. Nun braucht man nicht etwa zu glauben, daß die Praxis den gesetzlichen Bestimmungen vorausgeht. Die verfügbaren Zahlen über die tatsächliche Dauer der Arbeitszeit bestätigen nur das obige Bild!

Nach einer Erhebung von 1922, die über die Zahl der unter die einzelnen Rubriken fallenden Arbeiter keine Auskunft gibt, ist die achtstündige Arbeitszeit nur in 21,3 Prozent der erfaßten Betriebe eingeführt gewesen, 20,2 Prozent hatten 8—9stündige Arbeitszeit, 30,7 Prozent 9—10stündige Arbeitszeit, 22,45 Prozent 10—12stündige Arbeitszeit und 4,65 Prozent der Betriebe liegen 12 Stunden und mehr arbeiten. Da die höchste Prozentzahl der Betriebe mit 10—12stündiger Arbeitszeit (40,98 Proz.) sich in der Textilindustrie findet, die über die Hälfte der japanischen Arbeiter beschäftigt, so ist in Wirklichkeit der Prozentsatz der Arbeiter, die 10, 11, 12 Stunden täglich an der Maschine stehen, sehr erheblich höher als der Prozentsatz der Betriebe, die eine 10—12stündige Arbeitszeit durchzuführen. Eine im Winter 1924/25 im Industriezentrum Osaka vorgenommene Untersuchung hat ergeben, daß die durchschnittliche Arbeitszeit in den verschiedensten Industriezweigen 10—11 Stunden betrug; Abweichungen nach unten finden sich lediglich in besonders qualifizierten Berufen, während beispielsweise für das Bekleidungs- und das Papiermühlen 12 und 13 Stunden angegeben werden.

## Dagegen kennt der japanische Arbeiter nicht einmal den regelmäßigen wöchentlichen Ruhetag.

Im Jahre 1921 gewährten 6,5 Prozent der von der Statistik erfaßten Betriebe überhaupt keinen festen Ruhetag, 3,76 Prozent der Betriebe gewährten einen Ruhetag im Monat, 60 Prozent der Betriebe gewährten zwei Ruhetage und nur 7,2 Prozent der Betriebe drei Ruhetage im Monat. Geschlechtlich sind nur für Frauen und Kinder 2—4 Ruhetage im Monat gesichert.

Das Einkommen des japanischen Arbeiters steht dafür in keinem Verhältnis zu der aufgewandten Arbeitsleistung. Trotz der ungeheuren Lohnerhöhung und der ihr folgenden stetigen Erhöhung der Löhne (die Lohnindizes sind auf dem Papier sogar erheblich höher gestiegen als die Preisindizes)

reichen die Industrielöhne kaum für den dürftigsten Lebensunterhalt aus.

Verschiedene Erhebungen über die Ausgaben des Arbeiterhaushalts zeigen, daß mit 70—100 Yen (1 Yen = 2,05 Mark), kaum die notwendigen Ausgaben einer 4—5köpfigen Arbeiterfamilie bestreitet sind, daß das Existenzminimum sogar eher um 100—125 Yen schwankt, während die Löhne bei weitem nicht an diese Grenze heranreichen. In der Zeit vom Juli 1923 bis zum Februar 1924

schwankte beispielsweise der durchschnittliche Tagesverdienst des Industriearbeiters in den einzelnen Monaten zwischen 1,79 und 1,98 Yen für Männer und 0,89 bzw. 0,98 Yen für Frauen. Der Durchschnittslohn im zweiten Halbjahr 1923 betrug, auf den Monat umgerechnet, selbst bei 30 Arbeitstagen nur 56,7 Yen für Männer bzw. 27,9 Yen für Frauen. Erheblich über den Durchschnitt lagen die Löhne der qualifizierten männlichen Arbeitskräfte im Maschinenbau mit 74,1 Yen und in den „Spezialindustrien“ (Elektrizitäts- und Gaswerke, Betriebe mit besonders schweren Arbeitsbedingungen usw.) mit 65,7 Yen. Am den Durchschnitt herum bewegten sich die Löhne im Bergbau mit entsprechend 58,2 und 29,7 Yen im Monat für Männer bzw. Frauen unter Tage (zweites Halbjahr 1924).

Bei näherer Betrachtung erweist das Urteil, das die Ancho Kai, die japanische „Gewerkschaft für die harmonische Zusammenarbeit von Kapital und Arbeit“, am Schluß ihrer Untersuchungen über die Lebenshaltung der japanischen Arbeiterschaft 1921/22 fällt, noch viel zu mild. Und selbst diese keineswegs kapitalistenfeindliche Organisation sah sich zu folgenden Feststellungen gezwungen:

„Die Enquete zeigt, daß die Existenzbedingungen der japanischen Arbeiter und Lohnempfänger die elendsten sind. Den größten Teil des Verdienstes verschlingen die allernotwendigsten Ausgaben, und für andere Zwecke bleibt kaum etwas übrig. . . . Selbst wenn man zu dem Einkommen des Familienhauptes, das der anderen Angehörigen des Hausstandes hinzugefügt, reicht der Verdienst kaum zur Deckung der Gesamtausgaben. . . . Jedenfalls muß man es beklagen, daß die Existenzbedingungen der Arbeiter und Lohnempfänger in modernen Japan schmerzhaft unbefriedigend und sehr weit davon entfernt sind, was sie sein sollten.“

Der nach dem Kriege einsetzende Aufschwung der gewerkschaftlichen Organisationen, die schon im Jahre 1924 das zweite Hunderttausend überschritten hatten, ist im Verlauf der letzten anderthalb Jahre durch die inneren Kämpfe innerhalb der japanischen Arbeiterbewegung erheblich verlangsamt worden. Und die Hoffnungen, die auf eine Neubebung der Gewerkschaftsbewegung im Zusammenhang mit den ersten Versuchen einer Arbeiter- und Bauernpartei (der Kado Komintō) gesetzt wurden, haben sich bis jetzt leider nicht erfüllt.

Die schwere soziale und wirtschaftliche Lage, in der sich das japanische Proletariat befindet, treibt die Arbeiterschaft indes immer entschiedener zur Erkenntnis ihrer Klassenlage und der Notwendigkeit gewerkschaftlicher und politischer Organisation. Soll aber der Kampf des japanischen Proletariats um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen, um Verkürzung der Arbeitszeit und Durchsetzung der freilich sehr mageren Bestimmungen des Washingtoner Abkommens von Erfolg gekrönt sein, so muß auch die europäische Arbeiterklasse dazu beitragen, daß den japanischen Kapitalisten, die sich immer wieder auf die Nichtratifizierung des Washingtoner Abkommens durch die wichtigsten Industrieländer Europas berufen, die Waffen aus den Händen gelassen werden. Der Kampf um die Ratifizierung der Washingtoner Konvention über den Arbeitsstundenvertrag erweist sich somit auch für die deutschen Arbeiter als ein unabweisbares Gebot internationaler Solidarität.

## Schiedspruch im Sächsischen Transportgewerbe

Der Arbeitgeberverband des Fuhr- und Verkehrsgebietes in Sachsen hatte dem Deutschen Verkehrsverband den Mantel- sowie die Lohn- und Lohnbedingungsabkommen an den Arbeits- und Lohnbedingungen einen Abbau vorzunehmen. Der Lohn sollte in den einzelnen Klassen um 10 bis 20 Prozent herabgesetzt, die Ferien um die Hälfte gekürzt, der Krankenlohn und die Auszahlungsgelder ganz abgeschafft werden.

Die sächsischen Transportarbeiter haben sich dieser Kampfanlage geschlossen entgegengestellt und sich zum Ziel gesetzt, das bisherige Arbeitsbedingungen erhalten zu bleiben und eine Erhöhung der Löhne eintreten zu lassen.

Partei-Verhandlungen, welche am 8. Dezember in Dresden stattfanden, waren ergebnislos. Die Unternehmer waren nicht geschlossen zur Stelle, ein Teil, wie der Chemnitzer und Bismarck-Bezirk, wollte sich an einem einheitlichen Mantelakt für Sachsen nicht beteiligen. Ein beiderseitig anerkanntes Schiedsgericht, welches vom Arbeitsministerium in Dresden gestellt wurde, hat nunmehr am Mittwoch, dem 15. d. M., getagt. Es ist über die kritische Frage ein Schiedspruch gefällt worden. Der Schiedspruch sieht vor, daß die bisherigen Lohn- und Mantelaktbestände in ihrer bisherigen Fassung bestehen bleiben, mit der Veränderung, daß ab 1. April 1927 sich der Wochenlohn bei 48stündiger Arbeitszeit für die Ortsklasse A um 1.50 Mark, B um 1.— Mark und C um 50 Pf. erhöht.

Mit dem Hinweis, daß die getroffenen Parteiverhandlungen gegenüber dem jetzigen Mantelakt verschiedene Verbesserungen vorsehen, bedeutet der Abschluß der Bewegung für den Deutschen Verkehrsverband einen vollen Erfolg. Es wurden nicht nur die jetzigen Arbeits- und Lohnbedingungen erhalten, vielmehr konnte erreicht werden, daß der Lohn, wenn auch erst vom 1. April ab, um 1.50 Mark erhöht wird. Die Landesarbeitskommission der Arbeitnehmer hat den Beschluß gefaßt, daß sie der Mitgliedschaft der Parteiverhandlungen und den Schiedspruch zur Annahme empfehlen will. Die in Leipzig am 22. Dezember versammelten Transportarbeiter haben nach eingehender Aussprache dem Verhandlungsergebnis Zustimmung. Das gleiche dürfte auch in den übrigen Orten Sachsens geschehen. Wenn damit die von den Unternehmern herorgebrachte Bewegung erfolgreich für die Arbeiter beendet wurde, so ist das der Straffen Organisation der Transportarbeiter zu verdanken.

## Massenausperrung in der Schuhindustrie.

SPD. Berlin, 23. Dezember. (Radio.) Am Mittwoch sind auch in Berlin die Kündigungen der Arbeiter und Arbeiterinnen der Schuhfabriken vorgenommen worden. Wahrscheinlich werden hieraus insgesamt 5000 Personen betroffen. Eine Forderung über den Umfang der Kündigungen liegt vorläufig jedoch nicht vor.

Im ganzen Reich sind bisher 80 000 Personen gelüdig.

## Die sächsischen Textilunternehmer wollen den Kampf.

Ablehnung des Schiedspruchs.

Der am 18. d. M. im sächsischen Arbeitsministerium gefaßte Schiedspruch im Lohnzeit der sächsischen Textilindustrie, der eine Lohnerhöhung von 6 Proz. vorsieht, ist laut ITB, von den Unternehmern abgelehnt worden. Wie bereits berichtet, ist er vom Textilarbeiter-Verband angenommen und die Verbandsleitererklärung beantragt worden.

## Der Kampf um die Arbeitszeit im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

Verhandlungen gescheitert.

Wie der Vorwärts meldet, fanden am 21. Dezember in Berlin unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers erneut Verhandlungen über den Antrag der Unternehmer, das bisherige Mehrarbeitsabkommen zu verlängern, statt. Auch diese Verhandlungen schieferten an der Hartnäckigkeit der Unternehmervertreter; sie werden heute Donnerstag in Berlin fortgesetzt.

# Sächsische Angelegenheiten

## Ein wichtiger Entscheid der Kreishauptmannschaft Leipzig.

Unser Kommunalsekretariat in Leipzig hatte am 16. Dezember gegen eine Verfügung der Amtshauptmannschaft Grimma Protest bei der Kreishauptmannschaft erhoben. Die Verfügung verpflichtete die Gemeinden, die neugewählten Gemeindevorordneten noch in diesem Jahre zu einer Sitzung zusammenzurufen, um über die Gültigkeit der Wahlen Bescheid zu fällen.

Die Kreishauptmannschaft ist der Ansicht unseres Kommunalsekretariats beigetreten und hat die Verfügung als ungesetzlich aufgehoben.

Ihr Bescheid lautet:

Leipzig, am 22. Dezember 1926.

Die Kreishauptmannschaft, kollegial zusammengesetzt, hat die Aufsichtsbeschwerden des Kommunalsekretariats der Sozialdemokratischen Partei vom 16. Dezember 1926 gegen die Rundverfügung der Amtshauptmannschaft Grimma vom 8. Dezember 1926 zu beackten beschlossen.

Zur Anrufung der Aufsichtsbehörde gegen eine Verfügung einer Behörde ist jeder befugt. Die Kreishauptmannschaft hat daher keine Bedenken getragen, die vorliegende Aufsichtsbeschwerden als zulässig anzusehen.

Diese Aufsichtsbeschwerden richtet sich dagegen, daß die Amtshauptmannschaft Grimma in ihrer Verfügung vom 8. Dezember 1926 angeordnet hat, daß in allen Gemeinden, gleichgültig ob Einsprüche gegen die Gültigkeit der Gemeindevorordnetenwahl oder das Wahlergebnis vorliegen oder nicht, die neugewählten Gemeindevorordneten nach Ablauf der nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses laufenden 14tägigen Einspruchsfrist sofort zu einer Sitzung einzuberufen sind, in der sie die Gültigkeit der Wahl zu prüfen und über etwa eingelegte Einsprüche zu entscheiden haben.

Diese Anordnung steht im Widerspruch mit § 27 der Gemeindeordnung. Aus der dort enthaltenen Bestimmung, daß die Gemeindevorordneten auf 3 Kalenderjahre gewählt sind, geht zweifellos hervor, daß die Amtsdauer der neugewählten Gemeindevorordneten erst mit dem Anfang des auf sie folgenden Kalenderjahres beginnt und daher diese auch erst von diesem Zeitpunkt an ihr

Ami auszuüben vermögen. Zu dieser Amtsausübung gehört auch gemäß § 28 Absatz 1 Satz 2 der Gemeindeordnung die Entscheidung über einen gegen die Gültigkeit der Wahl der Gemeindevorordneten und das Wahlergebnis erhobenen Einspruch. Es ist nicht möglich, daß die neugewählten Gemeindevorordneten vor dem Beginn ihrer Amtsdauer zusammenzutreten und gültige Beschlüsse fassen. Der Ansicht der Amtshauptmannschaft Grimma, daß § 28 Absatz 1 Satz 2 der Gemeindeordnung lediglich als Ausnahmebestimmung zu § 27 der Gemeindeordnung, der die Amtsdauer der Gemeindevorordneten für die Dauer des Kalenderjahres festlegt, aufzufassen sei, kann sich die Kreishauptmannschaft nicht anschließen, da diese Ansicht im Gesetz keine Stütze findet. Sie muß daher die Verfügung der Amtshauptmannschaft vom 8. Dezember 1926, soweit sie anordnet, daß die neugewählten Gemeindevorordneten sofort, also bereits vor dem 1. Januar 1927, zur Beschlüßfassung über die Gültigkeit der Wahl und über einen etwa gegen die Gültigkeit der Wahl und das Wahlergebnis eingelezten Einspruch einzuberufen sind, als ungesetzlich aufheben.

Kostenansatz kommt nicht in Frage.

Die Kreishauptmannschaft.  
J. R. Dr. Dietrich.

### Der nationalsozialistische Ueberfall.

In Warmorpalast in Chemnitz fand am 17. November vorigen Jahres eine nationalsozialistische Versammlung statt. Ein Herr Dr. Göbbels sprach über das Thema: Lenin oder Hitler, zwei Stunden lang. Nach ihm legte ein Kommunist Wilmann eine Stunde lang los. Dann ertönte ein Pfiff, die Kommunisten sangen die Internationale, die Falckenkreuzer das Hitlerlied und Deutschland, Deutschland über alles. Dann ging eine gehörige Keilerei los. Biergläser, Tassen, Teller und alle sonst irgendwie erreichbaren Wurfgegenstände flogen hin und her. Als die Polizei nach 10 Minuten auf dem Kampfplatz erschien, war der Saal ein Trümmerfeld. Ein Eisenbrecher Schneider aus Chemnitz, ein 42 Jahre alter Mann, hatte einen Stich in den Rücken bekommen, an dessen Folgen er am nächsten Tage starb.

Wie das so üblich ist, waren aber wegen der Versammlungsleiter kein einziger Nationalsozialist, sondern nur Kommunisten angeklagt. Aus den Zeugenaussagen ergab sich, daß es sich hier offenbar um einen Ueberfall der Nationalsozialisten auf die linksstehenden Versammlungsteilnehmer gehandelt hat. Wenn die Faschisten nicht den Weg nach außen dadurch versperrt hätten, daß sie sich am Büfett versammelten, dann wäre vielleicht nichts

passiert. Von den Nationalsozialisten, die sich an der Hauererei doch auch beteiligt hatten, hatte man niemand feststellen und anklagen können. Einer der Angeklagten, Böhm, wurde freigesprochen, der Angeklagte Kummer zu sechs Monaten, der Angeklagte Wagner zu zehn Monaten, und Diche zu acht Monaten Gefängnis wegen schweren Landfriedensbruchs verurteilt. Dem Angeklagten Kummer wurden drei Wochen der verbüßten Untersuchungshaft auf die Strafe angerechnet, für den Rest der Strafe erhielt er eine dreimonatige Bewährungsfrist.

### Beschlechterung am Arbeitsmarkt.

Am sächsischen Arbeitsmarkt setzt sich nach einem Bericht des Landesamtes für Arbeitsvermittlung ein Nachlassen der Nachfrage durch. Das Angebot von Arbeitskräften ist nicht nur in der Garten- und Forstwirtschaft, im Baugewerbe und in einzelnen Gruppen der Steinindustrie, sondern auch stellenweise in der metallverarbeitenden Industrie, in Teilen der Textil-, Holz-, Papier- und Lederindustrie, im Bekleidungs-, Nahrungsmittel- und im graphischen Gewerbe im langsamen Steigen begriffen.

**Chemnitz.** Vom Fahrstuhl totgequetscht. In einer hiesigen Fabrik wurde einem Lehrling, der bei einer Fahrt mit dem Fahrstuhl das Schußgitter fahrlässigweise entfernte, der Kopf zerquetscht.

**Neuhadt.** Ein Kind verbrüht. Im benachbarten Krummwerdersdorf fiel ein dreijähriges Kind in einen mit Mais gebrühten Behälter. Es erlitt dabei so schwere Verbrennungen, daß es nach einigen Tagen unter großen Schmerzen starb.

**Geyer.** Disziplinarverfahren. Gegen den Bürgermeister Dr. Kuschke ist wegen Unterschlagungen im Amte das Disziplinarverfahren eingeleitet worden.

**Schmölln.** Aufgepiecht. Der jung verheiratete Kaufmann Meusch, der mit seiner Frau auf dem Motorrad einem Gefährte begegnete, konnte wegen der Enge des Weges nicht weit genug ausweichen. Von der Deichsel des Wagens wurde Frau Meusch förmlich aufgepiecht. Im hiesigen Krankenhaus ist sie alsbald ihren schweren Verletzungen erlegen.

**Böhlen.** Lebensgefährlicher Fußballsport. Bei einem Wettkampf einer hiesigen Fußballmannschaft in Rieba erhielt der 28 Jahre alte Hugo Hüster einen heftigen Tritt in den Unterleib. Er erlitt dabei so schwere Verletzungen, daß er in das Krankenhaus gebracht werden mußte, wo er an den Folgen des Unfalls gestorben ist.

# SPANISCHE WEINE

kaufen Sie bei mir aus erster Quelle. Ich kenne mich im spanischen Weinbaugebiet (meinem Heimatlande) gut aus und führe die besten Sorten hier direkt aus Spanien ein. — Deshalb keinen verteuerten Zwischenhandel, auch keine hohen Ladenmieten, da ich direkt aus dem Keller vom Faß verkaufe. — Die guten Qualitäten sorgen schon dafür, daß Sie und Ihre Gäste rasch in frohe Laune kommen.

Montana rot (vorzüglich zu Glibweine)	Liter 0,98	Tarragona, weiß, süß	Liter 1,44
Priorato, rot, s. stark	Liter 1,36	Malaga, vollsüß	Liter 1,40
Panades, weiß, herb	Liter 1,12	Malaga extra vollsüß	Liter 1,80
Tarragona, weiß, s. stark	Liter 1,36	Moscato, vollsüß	Liter 1,68
Sherry, halbsüß	Liter 1,80	Moscato, extra, vollsüß	Liter 2,00
Tarragona, rot, süß	Liter 1,20	Portwein, s. fein	Liter 2,40
Tarragona, extra, süß	Liter 1,44	Madeira, golden	Liter 2,40
		Vermouth Torino	Liter 2,50

Kommen Sie zu einer Probe in meinen Keller, welche für Sie kostenlos und ganz unverbindlich bereitsteht.

Spanisches Wein-Importhaus Emilio Cusi  
Körnerstraße 52 Hof, Keller (Tel. 33482) bei der Bayerischen Straße

Herren-Damen-Kinder-Kleidung  
Moderne Neuheiten  
Sohabe Wäsche  
Möbel auf Kredit!  
M. Rath & Co.  
G. m. b. H.  
Kurprinzstr. 5, I.

Ämtliche Bekanntmachungen.  
Grotzsch, § 15 der Straßenordnung.  
wonach zur Vermeidung der in § 368 Ziffer 10 des Reichsstrafgesetzbuchs angeordneten Strafe bei eintretendem Schneefall und bei Tauwetter die Grundstücksbesitzer und deren Stellvertreter die Längs ihrer Grundstücke hinlaufenden Trottoirs und Fußwege mindestens einen Meter frei von Schnee und Eis reinzuhalten, sowie bei Glätte mindestens einen Meter breit mit einem die Glätte beseitigenden Material zu befreuen, auch die Schuttgrinne und Abzüge reinzuhalten und aufzuleben haben, wird hiermit in Erinnerung gebracht.  
Stadtrat Grotzsch, am 21. Dez. 1926.

**Gute Reklame**  
durch das Inserieren in der Leipziger Volkszeitung bringen  
**Gute Geschäfte**

**Konkurs-Verkauf**  
Grimmischer Steinweg 8, I. Etage  
Die zum Konkurs Max Grau gehörigen Warenbestände, bestehend aus Herren- und Damen-Bekleidung als  
Häute von 1 RM. an  
Kleider von 2 RM. an  
Kostüme von 3 RM. an  
Anzüge von 20 RM. an  
Mäntel von 8 RM. an  
auch zu höheren Preisen  
in guten Qualitäten  
gelangen täglich von 8-7 Uhr zum Verkauf.  
Der Konkursverwalter  
Hermann Thimann,  
beidseitiger Bücherrevisor.

**Gewerkschaftl. Anzeigen**  
Gewerkschafts-Kartell Leipzig  
Volkshaus, Seiler Straße 32, Fernruf 34021

Inzerate sind nicht a. die Redaktion, sondern an die Expedition der Volkszeitung zu richten

**Achtung, Gewerkschaftsmitglieder!**  
Die Gewerkschaftsbureaus sind am Weihnachtsheiligabend, 3. Weihnachtsfeierabend und Silvester ab 12 Uhr mittags geschlossen.

Zu Weihnachten und Neujahr empfehle  
**frisches Kuheuter und Rinderherz**  
zum Fleischsalat.  
Abgabe auch an Wiederverkäufer.  
Zum Verkauf kommt nur Frischfleisch zu billigsten Preisen.  
Markthalle, Stand 40/41  
Fleischermesser Rindfleisch.

**Deutscher Metallarbeiter-Berband, Ortsverwaltung Leipzig**  
Tel. 34021 u. 34011. Geschäftst. vorm. v. 9-12 Uhr nachm. 1/5-1/7 Uhr. Sonnabends vorm. 9-12 Uhr  
Der Gruppenabend für die Jugend des Norden. Nordbezirks fällt Montag, den 27. Dezember 1926, aus.  
Nächster Gruppenabend am 3. Januar 1927. Eine Sonderfahrt durch ganz Deutschland mit Lichtbildern. Funktionäre müssen die Lehrlinge in den Betrieben benachrichtigen.

**FREUNDIN ALLER**

rauchenden Damen und Herren will BERGMANN-PICALLE werden, die in Güte und Duftköstlichkeit über 5er. Schwester der führenden BERGMANN-PRIVAT. Sie werden BERGMANN-PICALLE rauchend, mit Staunen feststellen, welcher Giffler an harmonischem Aroma und lieblicher Süße aus edlen Provenzen in ihr, trotz ihrer Wohlfeilheit, erreicht wurde.

BERGMANN-PICALLE ist eine Zielstation auf dem für richtig erwiesenen Bergmann-Weg. Wir wissen, daß die aufsteigende Mengenkurve unserer Erzeugnisse nur deren ebenmäßig hohen, nie schwankenden Gütevolle zuzuschreiben ist.

**BERGMANN PICALLE**

**5 PFENNIG**

POETTER-ESSEN

**VOLKSHAUS**  
Synphon-Biere  
Echte Bayerische und beste Qualitäts-Biere aus Leipziger Brauereien  
liefern wir zu jeder Zeit auch über die Straße in Synphon

**Puppen-Betten**  
Oberbett  
Unterbett } zusammen 4,50  
Kissen  
Puppen-Bettstellen in jeder Ausführung  
Paradeklassen, Steckklassen Steppdecken  
Bettenhaus Eduard Graf & Co.  
Tauchaer Straße 11.

**Gummi-Klose**  
LEIPZIG-HAINSTR. 17-19  
Elektrische Heizkissen  
Gummi-Wärmflaschen  
Verbandkasten  
Hausapotheken  
Hochfrequenz-Apparate  
verschiedener Systeme  
Zimmer-Turnapparate  
Gummischuhe

**Familiennachrichten.**  
Erich Weber  
Wally Röhl  
haben heute Hochzeit.  
23. 12. 26.  
Schl., Körneritzstraße 33.

# Wirtschaft

## Die russische Konzessionspolitik.

Als der Rat der Volkskommissare des Sowjetstaates im November 1920, also in der Blütezeit des Kriegskommunismus, zum erstenmal die Erteilung von Konzessionen zur Ausbeutung der russischen Naturkräfte an ausländische Kapitalisten für zulässig und wünschenswert erklärte, lautete die amtliche Begründung: Die europäischen Länder, und namentlich die Vereinigten Staaten Amerikas, hätten einen Ueberfluß an Kapital und einen akuten Mangel an Rohstoffen, das ausländische Kapital sei wiederholt mit konkreten Angeboten an die Sowjetregierung herantreteten. Und in einer Parteiverammlung führte Lenin am 27. Nov. 1920 aus, „zum Wiederaufbau der Weltwirtschaft müßten die russischen Rohstoffe ausgenutzt werden.“ Auf dem 8. Parteitag im März 1921 war von dieser selbstlosen Sorge um die kapitalistische Weltwirtschaft allerdings keine Rede mehr. Und als der Redner der Sozialdemokratischen Partei, Genosse Dan, erklärte, das Diktat über die Konzessionen sei nichts anderes, als „das ökonomische Eingeständnis, daß mit der verstaatlichten kommunistischen Wirtschaft allein die Produktivkräfte Russlands nicht wiederhergestellt werden könnten“, da blick auch Lenin nur übrig zu erklären: „Ähnere Wirtschaftskrise ist so tief, daß wir aus eigenen Kräften die zerstörte Wirtschaft nicht wiederherstellen können.“

Daß das ausländische Kapital sich sofort mit Begeisterung auf die ausgesetzten Konzessionen stürzen würde, daran würde — wenigstens nach außen hin — nicht geweltelt. Man stellte also eine imposante Liste von „Konzessionsobjekten“ zusammen, darunter eine Anzahl Forstkonzessionen in Westsibirien, 14 Forstkonzessionen mit etwa 19 Millionen Dessjatinen Forsten in Nordrussland, 14 landwirtschaftliche Konzessionen mit über 3 Millionen Dessjatinen Land, — und nun sollte alles in Butter sein.

Aber schon auf der Konferenz in Genue zeigte sich der Mangel an Bereitschaft bei den ausländischen Geldgebern, ins Blaue hinein Kapitalien zu investieren. Mit der Zeit sind denn auch immer weniger Konzessionsgesuche eingegangen: 1922 waren es 236, 1923 sogar 607, 1924 aber nur noch 310 und im ersten Quartal 1925 ganze 90! Vergeben wurden insgesamt 74 Konzessionen. (Die von manchen Neokommunisten der russischen Handelsvertretungen im Ausland ausgewiesenen höheren Zahlen umfassen geneigte Handelsgesellschaften mit vorwiegend russischem Staatskapital und sogar Monopolunternehmungen des Sowjetstaates — wie etwa die Arcas-Gesellschaft in London).

Was nun aus den Konzessionen geworden ist, darüber stellt der Sozialistische Wirt, das Organ der russischen Sozialdemokratie, in seiner neuesten Nummer interessantes Material zusammen. Und da ergibt sich denn, daß alle Konzessionsunternehmungen zusammen genommen im Jahre 1924/25 alles in allem nur 14 Millionen Rubel an den Staat abgeführt haben, wovon 10 Millionen auf gemischte Handelsgesellschaften mit staatlicher Beteiligung entfallen. Von den landwirtschaftlichen Konzessionen sind nur zwei in Aktion getreten, die von Krupp und der deutsch-russischen Agrargesellschaft mit 25 000 Dessjatinen, also mit zusammen 1,5 Prozent der zur Vergebung bestimmten Landfläche. Und was die Kruppische Konzession in Wirklichkeit da war, darüber hat man überdies durch die Veröffentlichungen des Manchester Guardian einiges erfahren.

Nicht viel anders sieht es in der Forstwirtschaft aus. In Westsibirien haben sich überhaupt keine Interessenten gefunden und in Nordrussland konnten von 19 Millionen nur 5 Millionen Dessjatinen zur Ausbeutung verpachtet werden, und auch die an gemischte Gesellschaften, an denen der Staat mit 50 Prozent und ebenfalls mit 50 Prozent die alten Besitzer der Forsten beteiligt sind, die außer ihrem verstaatlichten Besitz in die neuen Unternehmungen auch nicht einen Pfennig eingebracht haben. Als

reine Konzession verbleibt nur noch die Wolgograd-Holzindustrie des ehemaligen Reichsfinanzlenken Dr. Wirth, die außerhalb des ausgehenden Konzessionsgebietes liegt und ihre Produktion auf dem inneren Markt absetzen mußte, weil die Ausfuhr sich nicht rentieren kann. Und auch die Wolgograd-Gesellschaft ist jetzt, nachdem die Sowjetregierung sich geweigert hat, ihr ausländische Kapitalien zwecks Ausfuhr zum amerikanischen Ueberwiesungskurs zu überlassen, von dem Konzessionsvertrag zurückgetreten.

Die vergebenen Kapthaha-Konzessionen sind bis jetzt auf dem Papier geblieben; über die Wirksamkeit der Gold-Konzession an der Lena ist nichts bekannt, außer, daß die Konzessionäre wegen der Auslegung der Verträge in bestiger Fehde mit der Regierung liegen. Die berühmte Manganzh-Konzession in Tschirgung ist von Harriman nach einjähriger Tätigkeit aufgegeben worden. Ebenso ist die gemischte Schiffsahrt-Gesellschaft „Deruta“ von der Hapag verlassen worden. Und über das Wesen der Konzessionen der Zuckers-Werke weiß man nur aus dem Bescheid. In der Industrie ist eine Anzahl von Konzessionen vergeben worden, zum Teil an die alten Inhaber der Betriebe vergeben worden sind, zum Teil nur Deklarationen darstellen für die inländischen RKP-Kapitalisten. Alles, was man über diese Konzessionen erfährt, ist, daß die meisten von ihnen dem Sowjetamtlichen „Brotwirtschaftlichen Jahrbuch“ zufolge „mit der Arbeit noch nicht begonnen“ haben. In jüngster Zeit sind nun mehrere „Konzessionsverträge“ besonderer Art mit deutschen Firmen (VAG, Borsig, Deutz) abgeschlossen worden, die eine „technische Hilfeleistung“ der deutschen „Konzessionäre“ zum Gegenstand haben. Das heißt: Die deutschen Firmen liefern Patente, Konstruktionspläne, Zeichnungen, Installationsmaterial und qualifizierte Arbeitskräfte, jedoch kein Kapital, zur Herstellung ihrer Erzeugnisse in Russland. Also auch hier keine Spur von Zufuhr ausländischen Kapitals zur Erleichterung der russischen Produktivkräfte!

Einige Aktivität hat das ausländische Kapital im Handel entfaltet (man denke an die inzwischen auch schon abgeschlossene Tätigkeit von Otto Wallf in Russland), aber auch hier handelt es sich nur um kleinere Gesellschaften mit 200 000 bis 300 000 Rubel Kapital, das in der Regel kaum zur Hälfte eingezahlt wird.

Es ist, wie wir sehen, nicht so übermäßig leicht gewesen, das ausländische Kapital für langfristige Anlagen in Russland zu befeuern. Der Kapitalist will Sicherheit eiten haben, — sonst gibt er sein Geld nicht her. Im besten Fall beschränkt er sich darauf, im Handelsverkehr überhöhte Profite zu schnappen, um nach kurzer Zeit mit gestilltem Talcher abzuziehen. Und wenn der Sowjetstaat ausländisches Kapital im Ernst erlangen will — über kurz oder lang wird er aber dazu durch höhere Gewalt gezwungen — so wird er sich zu ganz anderen Zugeständnissen an seine Geldgeber bequemen müssen, als bis jetzt überhaupt möglich erschien. Diese Zugeständnisse werden auch politischer Art sein und — die russische Arbeiterklasse wird die Kosten bezahlen . . .

Interessen der Großlandwirtschaft. Diese sind aber inzwischen den Wünschen der Ralliindustrie geneigter geworden. Sie können es sich leisten, den Vorteil mit der Ralliindustrie zu teilen, den ihnen die von der Ralliindustrie unterstützte künstliche Steigerung der Getreidepreise (Koggenvalorisation) gebracht hat und noch bringt.

Begründet wird die Steigerung der Kalipreise durch die angeblich ungünstige Lage der deutschen Ralliindustrie. Die vom Reichswirtschaftsministerium vorgenommene Überprüfung der „Gehaltskosten“ scheint auch ein entsprechendes Ergebnis gehabt zu haben. Der angeblich ungünstigen Lage in der Ralliindustrie stehen aber folgende Tatsachen entgegen: 1. Bis in die letzte Zeit sind noch ungeheure, weit in die Millionen gehende Summen für die Ralliindustrie in der Ralliindustrie ausgegeben worden. 2. Die Ralliindustrie hat noch in letzter Zeit große Exportanlagen, insbesondere Wasseranlagen, durchgeführt, die Riesensummen verschlungen. 3. Die Ralliindustrie hat, anstatt vernünftig und richtig zu rationalisieren, Gelder über Gelder in unwirtschaftlichen Experimenten (Kostergelche Fabrikneubauten) verpumpt. Das sind alles Tatsachen, die sicher nicht für eine Rossage der Ralliindustrie sprechen.

In Wirklichkeit handelt es sich um die Teilung des Raubes aus der Koggenvalorisation zwischen Ralliindustrie und Landwirtschaft. Die Verbraucher zahlen die Kosten, während die Nachfrist von der Preiserhöhung die Kalipapiere an der Berliner Börse sofort um 5 bis 10 Proz. in die Höhe trieben. Ein wirklich nettes Weihnachtsgeschäft für die Interessenten.

### 25-Millionen-Anleihe des Mitteldeutschen Stahlwerks.

In der ersten Aufsichtsratsitzung der Mitteldeutschen Stahlwerke, A.-G., ist die Aufnahme einer Anleihe von 25 Millionen Mark beschlossen worden, die mit 7 Proz. verzinst werden soll. Die Anleihe soll zum größten Teil im Inland aufgelegt werden. Der Ausgabekurs der Anleihe, die von einer unter Führung der Darmstädter und Nationalbank stehenden Bankengruppe zur Zeichnung aufgelegt wird, soll verhältnismäßig hoch sein. Wie bei der Anleihe des westdeutschen Stahlwerks sollen auch die einzelnen Stücke dieser Anleihe mit einem Vorkaufrecht auf Aktien der Mitteldeutschen Stahlwerke ausgestattet werden, und zwar soll der Besitzer von 5 Anleihenstücken das Recht haben, eine Aktie zum Kurse von 125 Proz. zu erwerben.

### Deutschlands Roheisen- und Stahlgewinnung im November.

Die Roheisengewinnung im Monat November wird nach der Statistik des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller mit 983 298 Tonnen gegenüber 935 270 Tonnen im Monat Oktober angegeben. Die arbeitstäglche Leistung steigerte sich im November gegenüber Oktober um 8,6 Proz. Die Rohestahlgewinnung stellt sich für November auf 1 257 007 (im Oktober 1 174 606) Tonnen. Die arbeitstäglche Leistung hat sich um 11,28 Proz. gesteigert.

### Neuerwerbung des Farbentruffs.

Die I. G. Farbenindustrie erwarb die Aktien der Grube Augusto bei Bitterfeld A.-G., um den Kohlenabbau ihrer eigenen benachbarten Gruben wirtschaftlich zu gestalten.

### Der Reichswirtschaftsminister bewilligt höhere Kalipreise.

Der am Mittwoch tagende Reichskabinet genehmigte eine Erhöhung der Kalipreise um 9,5 Proz. Für die Erhöhung stimmte auch die Landwirtschaft, während sich die Vertreter der Arbeiter und der Angelegten der Stimme enthielten. Die Preis-erhöhung tritt bereits am 23. Dezember in Kraft.

Das Reichswirtschaftsministerium ist dem Ansturm des Kapitalkapital gewichen; es wird von seinem Einspruchsrecht nicht Gebrauch machen. Wenn der Wirtschaftsminister noch vor vier Monaten der Kalipreiserhöhung Widerstand entgegensetzte, so verteidigte er nicht die Interessen der letzten Verbraucher, sondern die

## KLEINER ANZEIGER

### Stellenangebote

Wir suchen zum möglichst baldigen Eintritt für unsere Klein- und Metallarbeit (ca. 40 Personen) zur Unterfertigung des Formereisens einen unverheirateten tüchtigen Vorarbeiter

Frachtschulbildung erwünscht — Angebote mit ausführlichem Lebenslauf und Angaben über Wohnort, frühere Tätigkeiten usw. sind zu richten an Saigerhütte, Maschinenfabrik der Mansfeld Akt.-Ges. für Bergbau u. Hüttenbetrieb, Hettstedt, Südnarz.

### Verkäufe

### Umband-Uhren

Das schönste Weihnachts-Geschenk! Taschenuhren, all. Art, Wecker, Ketten, Ringe, Theater- und Ferngläser, Harmonikas u. dergl. Musikwaren. Billigster Weihnachts-Verkauf. Walter Lory, Johannisgasse 15.

Reispolster Baldmütze Wd. 65 Stg. 5 h 5 Wd. 58 Stg. 4. Galsch, Grünmalerz, Steinweg 4.

### la Speisekartoffeln

selbst, mehlig handverle., 3 St. 8 Wt. 6. v. Mev. Kronmann, Nr. 12, Wab. 4 635/17.

Fernst. Aufst. Salat Wd. 50 St. 3. Arbeits-tote 50 St. 3. Natallienstr. 34, Hofeibe, Mandelbrenn. D. Täglich frisch.

### Schuhwaren

in großer Auswahl erhält Sie gegen wöchentlich. Katalogabnahme von 1.- Täubchen 64 im Laden.

### Großer Fahr-Pelz

Geh-Pelz, mittl. Gr. neuer Mil.-Mantel versch. Maßanzüge in Gehrkanzule.

Barth Gr. Floerscherg. 1.

### Winterulter Rodpaletts, Anzüge

Winterulter Anab. Ans. 7-12 billigste Preise Barth Gr. Floerscherg. 1.

### Unsere Hausmarke



### „Klapp“- Kamera

9x12 cm LUX I

Hochsolide Leder-uaf. dopp. Boden-Auszug. Doppel-Anastigmat f: 6,8 (Vorder- und Hinterröhre einzeln verwendbar) Stach verstellbarer Verlöschverschluss. Objektive durch Mikrometerschraub. hoch u. senkrecht verstellb. Metallteile fein vernickelt, mit drei Blechkassetten im Etui oder Filmpeckassette

### Reichsmark 48

Großes Lager in Photo-Apparaten aller bedeutenden Fabrikanten

### Kino- und Projektions-Apparate

Müdigste Preise! Kostent. Unterricht

### Hoh & Hahne

Photo-Spez.-Gesch. Leptiz Katharinenstraße 16 Gegründet 1899

Bon Herr jahniten wenig geiz. Garderobe hellen, warme, schöne billige wert. Grund. Gültigkeit 2. J. 330/27 Ein-u. Verfügbich.

### Königsplatz 9, I. Bekleidung aller Art für Herren \* Kinder \* Damen



in 3-4 Monats- oder 13 Wochen-Raten

ab 12.- ab 8.- ab 2.50 ab 35.- u. höher u. höher u. höher u. höher in entzückenden Formen. Qualitäts-Verarbeitung und billigsten Preisen

Riesige Auswahl! - Kleine Preise!

Abteilung für starke Herren u. Damen Stores, Gardinen Einführ.-Preise

### M. Baumgärtel Königsplatz 9, I.

Größte Auswahl - Gesellschaftsanzüge auch leihweise. Extrastell. prompt ohne Preisaufschlag

### Prakt. Weihnachts-Geschenke.

Stoppdecken, Divandecken, Wandbehänge, Wollunterbetten, Kissen 1. all. Größen Federbetten, inlets, fertige Federbetten, Kinderbetten, Metall- u. Holzbettsäulen, Chaiselongues, Schränkchen, Wasch-Kommoden, Nachtschränken, Komplette Schlafzimmereinrichtungen.

Reell, solid und preiswert bei größter Auswahl im

### Betten-Spezial-Geschäft Alfred Küttner

Hauptgeschäft Gerberstraße 56 Zweiggeschäft Albertstraße 31. Schöpfeld, Scheumannstraße 6 Auf Wunsch Zahlungserleichterung Man achte auf Firma und Hausnummer

### Einige Beispiele aus unserem märchenhaft billigen WEIHNACHTSVERKAUF für sämtliche

**Pelze**  
Skunkskragen Streifenverarb. . . 55.-  
Extra großer Skunkskragen . . . 90.-  
12-foliger Skunkschal . . . 140.-  
Füchse, acht in allen Farben v. . . 32.-  
Wölfe, acht in allen Farben v. . . 40.-  
Maulwurfscha. 2 in lang . . . 30.-  
Schakale und Wolfspelze . . . v. 12.-  
Opossumkragen, amerik. St. v. 12.-  
**Pelzbesätze und Pelzjacken verblüffend billig. Außerdem Extra-Rabatt für Barzahlung.**  
**Pelzhaus DRESNER & Co. Reichstr. 19, I. Etg.**

### Von Herrschaften wenig getragene Herren- Damen-Garderobe zu f. billige Preise.

**Friedmann** Rankt St. 13, I. I. Eins u. Berl. Weich

### Auf Kredit Herrenanzüge mit 10 Mark Anzahlung

**Scherbel** Grimmische Str. 10 Rathenowitz, 20

### Das schönste Weihnachtsgeschenk sind

**Teppiche** Diwan-Decken Bett-Vorläufer Enorm billig

**Guttfeld & Linke** Reichstr. 4-6, Specks Hof

### Von Herrschaften wenig getragene Herren- Damen-Garderobe billig zu verkaufen

**Rohmannstr. 12, v.** Ein- u. Verkaufsoch.

### Die schönste und billigste Weihnachtsfreude

1 flott. Kanariensänger

VON Max Kraft Nachf. Leipzig, Poststraße 15 Große Auswahl in Käfigen, Wandarmen, Ständern u. la Vogelutter, Amdenweg, 3. u. 4. St., Zahnstr. 34, III. W. z.

### Diverses

**Haarschneiden** für 50 Wtg. halb-lang 70 Wtg. Stern-marienstraße 20, Ecke Türkenstr. 21

### Kaufgesuche

Kaufe Donnerstag Kanariensänger Weibchen Kröten Zeiber Str. 53.

### Felle und Häute

aller Art, kauft laufend zu Tagespreisen Otto Naumann, Brühl 9.

### Für Feinschmecker



### Anerkannt beste Tafelbutter

In den meisten einchl auch durch Plakate kenntlichen Lebensmittelgeschäften stets frisch zu haben. Auf Anfrage weisen Verkaufsteile nach.